

# Danziger Zeitung.



No 15754.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Interesse kostet für die Zeitzeile oder deren Raum 20 M. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen in Originalpreisen.

1886.

## Die Vollendung unserer Währung.

Mit Ausnahme einiger am Kampf gegen unsere Währung interessirten Bimetallisten, denen jedes Mittel recht ist, das geeignet scheint, die endgültige Vollendung unserer Währung zu hindertreiben, ist man auf allen Seiten einig darüber, daß die Entscheidung endlich und für immer getroffen werden müsse, daß irgend etwas zu geschehen habe, was alle Zweifel darüber beseitigt, daß Deutschland die Goldwährung behalten will. An die Einstellung der Silberverkäufe, die geschehen war in der Erwartung, daß binnen absehbarer Zeit wieder ein besserer Silberkreis herrschen werde (welche Erwartung bestimmt geläufig wurde), knüpfte sich die bimetallistische Bewegung in Deutschland, und hier muß naturgemäß die Hand angelegt werden, um zu befürchten, daß das Ausland seine Währungsschwierigkeiten allein zu überwinden suchen muß, daß Deutschland demselben Grundsatz getreu auf dem so glücklich eingelagerten Wege verharren wolle.

Abgesehen von der Gefahr der Nachprägung unserer Thaler im Auslande — trotz der dahin gehenden Behauptung des Herrn v. Schlescha halten wir es für unwahr, daß Nachprägungen stattgefunden hätten; das Geißel des Nachprägungs wäre bei den silbernen Fünf- und Zwei-Markstücken zudem viel einträglicher als bei den Thalern — müssen wir im Dienste der Erleichterung des Verkehrs die gesetzliche Möglichkeit beseitigen, jeden noch so hohen Betrag in Thalern zu bezahlen. Man hat vorgeschlagen, die Thaler einzuziehen und in Barren umzuschmelzen und im Nennbetrag dafür Goldanweisungen (Certificates) auszugeben, die nach und nach gegen Gold eingelöst werden und als coursfähiges Geld sowie als Notendecoration dienen sollten. Der Vorschlag hat das eine Bestechende, daß durch ihn mit einem Schlag die Thaler aus dem Verkehr genommen würden. Für die Güte unserer Währung aber wäre damit nichts gewonnen, eher sogar etwas verloren, da im Kriegsfalle die nur durch Silberbarren gedeckten Goldanweisungen sehr wahrscheinlich unter den Nennwert sinken würden, was bei den geprägten Thaltern vielleicht nicht einträfe. Wir halten es noch immer für den natürlichen und einfachen Weg, nach und nach alle Thaler einzurufen, und zwar nach dem Alter. Die alten Thaler, die vor 1822 geprägt sind, passen in den Verkehr ohnehin nicht mehr und müssen auf jeden Fall sofort hereingenommen werden. Mit den in Größe und Form gleichartigen Thaltern brauchte man keine zu große Eile zu haben. Sie lassen sich wenigstens leicht und bequem verpacken.

Um allen Sorgen wegen Verringerung der Geldmittel durch die Silberverkäufe vorzubeugen, könnte und sollte bestimmt werden, daß um die Differenz zwischen dem Nennwert der Thaler und dem beim Verkauf erzielten Preis in Gold die Menge der steuerfreien Noten der Reichsbank vermehrt würde, oder aber, was ohnehin bald nach Übernahme der Bank durch das Reich auf dasselbe herauskommen wird, daß für diesen Betrag mehr Reichskassenscheine ausgegeben würden. Nach Beseitigung des Silberballasts wird unsere Währung an innerem Werth soviel und mehr gegen jetzt gewonnen haben, daß sie diese Vermehrung der papernen Umlaufsmittel ohne jede Gefahr ertragen würde.

Ob sich nach Einziehung der Thaler das Bedürfnis nach einer Erhöhung der schweren silbernen Scheidemünzen fühlbar machen wird und ob der Höchstbetrag für die Zahlungskraft der letzteren nicht wesentlich wird heraufgesetzt werden müssen, auf 50 oder 100 Mark, blieb eine Sache der Erfahrung.

## Zwei Freunde.

Nachdruck verboten.  
(Fortsetzung.)

Später erfuhr Hale, daß man, hauptsächlich auf Bantrys Amt, und Kosten, eine Expedition ausgerüstet hatte, um den Biting aufzusuchen, und daß Bantry als freiwilliger Ingenieur auf der Ellida eingetreten war. Lange hatte es gewährt, ehe die erste Spur des verloren gegangenen Schiffes aufgefunden war; aber die Fahrszeit war mittlerweile so weit vorgerückt, daß die Führer der Ellida beschlossen, von ihrem Unternehmen abzufallen, um das eigene Schiff nicht zu gefährden; sie meinten, mit um so besserem Gewissen den Biting seinem Schicksal überlassen zu können, als dasselbe vollkommen hoffnungslos errichten. Da hatte Bantry einen verzweifelten Entschluß gefasst und war allein nach Norden aufgebrochen, in dem klaren Bewußtsein, daß seine einzame Stelle von hundertfünfzig Meilen ein Wagnis auf Leben und Tod sei. Er unterschätzte keine der ihm drohenden Gefahren; selbst die geringe Aussicht auf Erfolg, wenn er, im glücklichsten Falle, das Schiff erreichen würde, verhiebte er sich nicht. Aber trotz allem schlug er sein Leben mutig in die Schanze.

Damals wußte Hale von allen diesen Ereignissen nichts; forschend blickte er Bantry ins Gesicht und fuhr fort ihn auszufragen.

"Woher kommt Du?"

"Von Hause."

"Aber wie gelangtest Du hierher?"

"Ich folgte den Weisungen, die Ihr in Point Kane hinterlassen habt."

"Und von Point Kane kamst Du ganz allein?"

"Ja, mit den Hunden."

"Und wenn Du uns verfehlst hättest? Weißt Du denn nicht, daß es hundert gegen eins zu wetten war, Du würdest den Strapazen und dem Frost erliegen?"

Daran wäre nicht viel gelegen gewesen, wenn ich Dich nicht aufgefunden hätte. Ich konnte nicht ohne Dich zurückkehren."

Sie standen jetzt einige Schritte von einander entfernt. Hale schien mit einem Entschluß zu kämpfen; er machte eine halbe Schwenkung und wandte sich dann wieder zurück. Mit festem Griff

Man lege endlich Hand an das Werk der Vollendung unserer Münzreform, dann werden die bimetallistischen Beunruhigungen ganz von selbst aufhören, weil dann ihre Nellen versiegen werden.

## Deutschland.

Berlin, 19. März. Nachdem die "Kreuzzeitung" kürzlich ihre Verwunderung darüber ausgesprochen, daß der Oberpräsident Günther von Posen noch kein Entlastungsgesuch eingereicht habe, wurde von anderer Seite vorlieger Weise Regierungspräsident v. Bredt-Trützschler, nicht zu verwechseln mit dem Abg. Herrn v. Bredt-Neutrich, als eventueller Nachfolger Günthers genannt. Jetzt heißt es, Herr v. Bredt sei für eine noch höhere Stelle ausersehen; es knüpft das, wie es scheint, an die Gerüchte an, die Regierung beabsichtige die Bezirke Westpreußen, Posen u. s. w. einem Gouverneur zu unterstellen, welcher mit umfassenden Vollmachten ausgerüstet, die Durchführung der Maßregeln gegen die Polonisierung in die Hand zu nehmen hätte. Welche thatächliche Unterlage diese Gerüchte haben, entzieht sich unserer Kenntnis.

Über die kirchenpolitische Vorlage, wie sie vom Herrenhause beschlossen ist, hat bisher eine Verständigung mit der Curie noch nicht stattgefunden. Der Stein des Anstoßes ist in erster Linie die Bestimmung, daß die Instanz, welche über die Abseitung von Kirchendienern zu entscheiden hat, durch königliche Anordnung bezeichnet werden soll. In der Regierungsvorlage war das Kammergericht mit dieser Entscheidung beauftragt. Durch den Beschuß der Herrenhaus-Commission ist das Kammergericht nur scheinbar beseitigt, da eventuell durch königliche Verordnung die Entscheidung dem Kammergericht übertragen werden soll. Über die bezüglichen Absichten der Regierung soll der Cultusminister bei den beauftragten Verhandlungen keinen Zweifel gelassen haben.

Berlin, 18. März. Die Discussion über das Portefeuille des Finanzministers v. Scholz nimmt die Presse erheblich in Anspruch, namentlich die bimetallistische, welche den Finanzminister seine offene Kriegserklärung an die Doppelwährungspolitik nicht verzeihen kann und von einem Personenwechsel im Finanzministerium keine Befürchtung erhofft. Mit besonderem Begehr regt die "Germania" alles, was als Symptom für eine Erschütterung der Stellung des Herrn v. Scholz verwerthet werden kann. Sie macht sogar den Versuch, den Minister für das Fiasco des Brautweinmonopols und die dadurch hervorgerufene Verstimmung in den Interessentenkreisen verantwortlich zu machen. Es gehört indessen ein großes Maß von Leichtgläubigkeit oder von Verblendung dazu, auch nur an die Möglichkeit zu denken, daß ein Project wie das Brautweinmonopol nicht durch die Veranlassung des Reichskanzlers selbst hin, sondern auf Grund der Initiative des Ministers aufgestellt worden sei.

Auf liberaler Seite würde man sich über den Rücktritt des Herrn v. Scholz ebenso wenig erstaunen, wie über sein Verbleiben, da man sich allmählich daran gewöhnt hat, wohl die Personen, nicht aber das System wechseln zu sehen. Herr v. Scholz hat es an Anpassungsfähigkeit an die Ideen des Reichskanzlers sicherlich nicht fehlen lassen; wenn er keine Erfolge auf dem Gebiet der Steuerpolitik erzielt hat, so ist das sicherlich nicht seine Schuld.

Die auffallende Gereiztheit, welche der Finanzminister bei den Verhandlungen über das Monopol der Nationalliberalen gegenüber an den Tag ge-

legt hat, ist schwerlich durch die Befürchtung hervorgerufen, daß ein Mitglied der national-liberalen Partei seine Erbhaftigkeit antreten könnte. Für die parlamentarische Situation wäre damit garnichts gewonnen, da die Stimmen der Nationalliberalen im Reichstage nicht den Ausschlag geben.

Die "Kreuz-Zeitung" macht übrigens allen Combinationen über die Bestimmung Niels aus, ein Ende, indem sie erklärt, es handele sich nur um die Berufung desselben in die Ausführungs-Commission für den 100 Millionen-Fonds.

Berlin, 18. März. In der Reichstags-Commission für das Gesetz über die Pfändung von Eisenbahnmateriel ist heute der Gesetzentwurf in etwas veränderter Fassung angenommen worden. Er lautet jetzt in seinem ersten Theile:

"Die Fahrbetriebsmittel der Eisenbahnen, welche Personen oder Güter im öffentlichen Verkehr befördern, sind von der ersten Einstellung in den Betrieb an bis zur endgültigen Ausförderung aus den Beständen der Pfändung nicht unterworfen. Durch die Bestimmung werden dieselben im Falle des Concursverfahrens von der Concursmasse nicht ausgeschlossen. Auf die Fahrbetriebsmittel ausländischer Eisenbahnen findet die Bestimmung des ersten Theiles nur Anwendung, insoweit, als die Gegenleistung verbürgt ist. Dieses Gesetz tritt am 1. Juni 1886 in Kraft."

\* [Prinz Heinrich] ist zur Feier des Geburtstages des Kaisers aus Kiel in Berlin eingetroffen und wird bis zur nächsten Woche dort verbleiben.

\* [Afrikareisender Büttner.] Der "Boss. Btg." geht von Herrn Albert Büttner aus Lycken, dem Bruder des vor einiger Zeit totgesagten Afrikareisenden Dr. Büttner aus Potsdam, die erfreuliche Nachricht zu, daß derselbe nach einem an den Bruder gerichteten Briefe aus Leopoldville vom 17. Januar, mit dem Botschaft Büttner aus, den 4. Februar 1886, am Leben ist und sich bester Gesundheit erfreut.

\* [Die Duellfrage.] Die Petitionscommission des Reichstags beschäftigte sich gestern mit der Petition eines Berliner Schneidermeisters betreffend die Duellfrage. Die Commission beschloß mit 12 gegen 6 Stimmen, die Sache vor das Plenum zu bringen und denselben eine motivirte Tagesordnung zu empfehlen. Die Mehrheit der Commission war der Meinung, von der wir übrigens nicht wissen, ob sie zutreffend ist, daß eine öffentliche Discussion der Frage im Reichstage die moralische Wirkung haben würde, das Duellverbot einzuführen. Deshalb wurde, wie erwähnt, beschlossen.

\* [Aus dem Lager der Socialdemokraten.] Aus Vünden wird berichtet, mit dem Escheinen der in Reichstags-Abgeordneten v. Bölling herausgegebenen "Bairischen Volksstimme" sei auch sofort er Streit zwischen ihm und dem Reichstags-Abgeordneten Bieredt wieder an die Oberfläche getreten, der im vorigen Sommer die Deftigkeit bezeichnete und inzwischen als beigelegt galt. Die "Bairische Volksstimme" veröffentlichte eine Notiz, daß der socialdemokratische Partei angehörige Dr. Schönlaub, dem Herr Bieredt im vorigen Jahre allerlei unliebsame Dinge hatte nachsagen lassen, gegen Herrn Bieredt eine Ehrenbeleidigungsklage angestrengt habe. Darauf folgt jetzt in dem Bieredtschen "Deutschen Wochenbl." die Erklärung, daß die Nachricht falsch sei, der "Bairische Volksstimme" schiene es nur darum zu thun zu sein, die ihnen unbekommen Personen in der Partei um jeden Preis anzureihen, gleichviel, ob das nur auf Kosten der Wahrheit und Pflicht gegen Partei und Gewissen geschehen könne."

\* [Aus dem Lager der Socialdemokraten.] Seit dem 15. d. ist zu der Sichtung und Bearbeitung des Materials der angestellten Untersuchung wegen der Sonntagsruhe noch der Regierungs-Arbeiter Dr. Eiser aus Straßburg hinzugezogen. Es sind also nunmehr fünf Beamte mit diesen Arbeiten beschäftigt. Wie verlautet, hofft man mit diesen Arbeiten, welche bekanntlich am 2. Januar begonnen haben, bis Ende April fertig zu werden.

\* [Der Antrag Stöder] wegen Vermehrung der Parochien in Berlin ist in der Budgetcommission des Abgeordnetenhauses auf Wunsch des Antragstellers bis auf Weiteres zurückgestellt worden. Man nimmt an, daß damit auf die Beratung des Antrages für die laufende Session verzichtet ist.

\* [Der Vorstand des öberschlesischen Städtebundes]

hat eine an das Staatsministerium und beide Häuser des Landtags gerichtete Petition entworfen, welche sich auf den Gesetzenwurf, betreffend die Anstellung und das Dienstverhältnis der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen in Westpreußen, Posen und dem Regierungsbezirk Oppeln bezieht und für den Fall der Annahme desselben bittet, daß die städtischen Volksschulen des Regierungsbezirks Oppeln von

Ausweisungsbefehle zugestellt. Zur Ordnung ihrer Angelegenheiten wurde denselben eine lezte Frist bis 1. April c. gewährt. Königshütte verließ zu Anfang dieses Monats 15 Personen, welchen die Ausweisungsordre zugegangen war; dieselben begaben sich nach Glatzien. Neulich lauten die Nachrichten aus Ober-Glogau, Kattowitz, Tost, Gleiwitz &c. In Görlitz aus Russisch-Polen, den in Folge seiner Ausweisung Nahrungssorge zur Verzweiflung getrieben hatte. In All-Zabrze ist ein russischer Überläufer dadurch vor der Ausweisung bewahrt geblieben, daß er bei der großen Kälte auf dem Heimwege von der Arbeit, wie der "Ob. Wand." mitteilte, erfroren ist, bevor die ihm gestellte Frist zum Verlassen des diesbezüglichen Staatsgebietes abgelaufen.

\* [Brautweinbesteuerung.] Die officiellen "Pol. Nachr." lassen sich aus parlamentarischen Kreisen schreiben:

Wenn trotz aller Schwierigkeiten die Regierung sich enthaltsam folte, nach definitiver Erledigung der Monopolvorlage alsbald an die Ausfertigung der Herren v. Hennicke, Dechelhäuser und v. Kardorff anknüpfen, inhaltlich deren die Verbindung einer Consumenten mit der heutigen durch Weiter-Abfuhrung der Steuer und angemessener Regulirung der Ausfuhrvergütung als die allen gemeinsame Grundlage erscheint, so würde sie sich ohne Zweifel ein wesentliches Verdienst um die wirklich dringliche Erledigung dieser brennenden Frage erwerben.

Sieht man also wenigstens endlich einmal so viel ein, daß es mit dem Monopol nichts wird? Immerhin anerkennenswerth von dem Organ, welches als dasjenige des Finanzministers gilt, der noch vorgestern hoffnungsvoll behauptete, Herr Windhorst werde noch die Einführung des Monopols erleben!

\* [Das Dynamitgesetz.] Von sozialdemokratischer Seite ist im Reichstag der Antrag auf Abfassung des Dynamitgesetzes gestellt worden. Der Abg. Bieredt hat im Reichstag eine größere Schrift vertheilt, welche eine umfangreiche Begründung dieses Antrages gibt und allerdings eine Änderung des Gesetzes angezeigt erscheint, läßt, wenn auch die Aufhebung des Gesetzes nicht begründet sein dürfte. Das Gesetz bereitet in seiner jetzigen Gestalt der Industrie und Technik Hemmnisse und Schwierigkeiten, die es sicherlich nicht bezieht und deren Befreiung wohl nicht wird verlangt werden können.

\* [Sonntagsgenüte.] Seit dem 15. d. ist zu der Sichtung und Bearbeitung des Materials der angestellten Untersuchung wegen der Sonntagsruhe noch der Regierungs-Arbeiter Dr. Eiser aus Straßburg hinzugezogen. Es sind also nunmehr fünf Beamte mit diesen Arbeiten beschäftigt. Wie verlautet, hofft man mit diesen Arbeiten, welche bekanntlich am 2. Januar begonnen haben, bis Ende April fertig zu werden.

\* [Der Vorstand des öberschlesischen Städtebundes] hat eine an das Staatsministerium und beide Häuser des Landtags gerichtete Petition entworfen, welche sich auf den Gesetzenwurf, betreffend die Anstellung und das Dienstverhältnis der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen in Westpreußen, Posen und dem Regierungsbezirk Oppeln bezieht und für den Fall der Annahme desselben bittet, daß die städtischen Volksschulen des Regierungsbezirks Oppeln von

hätten entfliehen können; und wie lange wären die geschwächten Kräfte den fortwährenden Entbehrungen und Strapazen noch gewachsen gewesen?

Die Heimreise ging auch in ihrem ferneren Verlauf nur langsam und beschwerlich von Statten, denn ihr Kohlenvorrath war ein spärlicher und die Maschine konnte nur geringen Druck vertragen. Bantry wachte unablässig über sie und während der ganzen Zeit war sein Eifer so groß, daß Hale die Autorität des Lieutenant Lansing in Anspruch nehmen mußte, um den Freund zur nothwendigen Rückfahrt auf seine Gesundheit zu zwingen. Das Verhältnis zwischen ihnen hatte sich immer mehr verschärft: Bantry hing mit innigster Zuneigung an Hale, der seinerseits nach Kräften für des schwächeren Freundes Wohlergehen bemüht war und ihm jede seiner Muskelkunden widmete. Dann sprachen sie von der Heimat, von den alten, tranten Beziehungen — aber derjenigen, deren sie am meisten gedachten, erinnerten sie nie. Thels Name kam nicht über ihre Lippen.

Endlich ging der vielgeprüfte Biting in dem ersten heimlichen Hafen vor Anker.

Am folgenden Morgen verbreiteten die Zeitungen die Nachricht von der endlichen Wiederkehr des bereits verloren geglaubten Polaradampfers über die Lande. Sie berichteten von seinen Abenteuern und Gefahren, seinen Fortschritten und wissenschaftlichen Resultaten, seinem Unstern und schließlich der Erholung durch die in ihrer Art einzig dastehende Selbstauskopfung des Ingenieur Bantry von der Ellida. Jeder Offizier an Bord war "interviewed" worden und alle hatten sie das gleiche Lied der Bewunderung und Freundschaft für ihren "Ritter aus Todesgefahr" angetimmt. Am Anfang, in der Mitte und am Ende dieser Berichte stand großgedruckt der Name Bantry. Es wurde hinzugefügt, daß ihm die Schiffsmannschaft an Bord eine Ovation dargebracht habe, der er sich aber so bald als möglich mit der ihn charakterisierenden Beleidigkeit entzogen, um sich den Blicken der Beifall spendenden Welt zu verbergen. Begleitet von dem vielgeliebten Kameraden, um dessen willen er die berühmten Thalaten antiker Freundschaft übertraten, habe er die Reise nach der Heimat angebrochen. Und der Einzige, der diese Lobeshymnen weder las, noch ihnen den geringsten Werth belegte, war der Held, dem zu Ehren sie geschrieben worden.

(Schluß folgt.)

fachte er Bantry und gebot: "Bantry, sage es mir jetzt; ich kann nicht länger warten!"

Bantry Mund öffnete und schloß sich wieder und er schwankte in Hales starken Händen.

"D, ihr geht es gut," stieß er hervor. "Ich war ein Narr, das sag ich ein, sobald ich von Deiner Einschiffung erfuh. Ich ging zu ihr und sprach mit ihr darüber: sie fragte mich, ob ich vorher etwas von Deiner Absicht gemahnt hätte und ich verneinte es. Aber ihr Blick drang mir bis ins Herz und ich mußte ihr die volle Wahrheit gestehen. Da wandte sie mir wortlos den Rücken zu, und obgleich sie sich später zwang, freundlich gegen mich zu sein, sah ich doch immer nur, wie ihr Gesicht sich von mir wandte." Ein heftiger Hustenanfall unterbrach ihn. Endlich konnte ich es nicht länger ertragen und erkannte, was mir zu thun oblag. So kam ich her, um Dich zurückzubringen. Das ist Alles."

Hale merkte, daß er jetzt nicht weiter in ihr dringen durfe. Er ließ ihn wieder seinen Schlitten befestigen und geleitete ihn am Bord des Schiffes wo seine Ankunft eine gewaltige Aufregung hervorrief. Als Hale seinen Freund gut versorgt umschlafend wußte, beriedigte er die Wissbegier der staunenden Kameraden, doch ohne in Details einzugehen. Nur der Lieutenant Lansing, der ihn seit Seite nahm, um sich nach Bantrys Gründen zu erkundigen, erfu

den Bestimmungen des Gesetzes nicht getroffen werden. Die Petition weist darauf hin, daß in den Schulen der Städte des Regierungsbezirks Oppeln deutsche Sprache, deutsches Denken und Fühlen, die Anhängigkeit an das deutsche Reich und sein Herrscherhaus stets gepflegt wird und daß es im wesentlichen Interesse dieser weiteren Entwicklung des Clementarialschulwesens liegt, daß den Städten das Wahlrecht für ihre Schulen bleibt, damit sie nicht nötig haben, sich gute, brauchbare Kräfte fortzubringen zu lassen, um unbrauchbare oder schlechte dafür einzutauschen. Der Magistrat zu Natiobor hat sich dieser Petition angeschlossen, von den anderen Städten wird der Beitritt erwartet, soweit sie nicht schon, wie Neisse, Neustadt und Beuthen, selbstständig vorgegangen sind.

\* [Heiratsprojekt.] Die Orleanisten "sollen" augenhörlich im Begriffe stehen, in ein Familienbündnis mit dem englischen und dem russischen Hof zu treten. In Berlin "soll" man bemüht sein, die Heirathen, welche das russische wie das englische Herrscherhaus den Orleans verschwinden würden, zu verhindern. — So meldet der "B.-C."

\* [Zahl der Offiziere.] Nach einer Berechnung der Deutschen Heereszeitung zählte die preußische Armee am 1. Januar 1876 26 101 Offiziere, darunter 13 404 active, 6773 Reserveoffiziere, 5645 Landwehroffiziere, 250 Offiziere zur Disposition, 129 Gendarmerieoffiziere, Invalidenoffiziere und Offiziere a. D. Dazu kommen noch 2817 Sanitätsoffiziere; 919 active, 920 Aerzte der Reserve, 978 Aerzte der Landwehr.

\* [Ein Wahlausmuntierungsmittel.] Es ist nicht bloß anderwärts, sondern auch in Eisenberg öfters vorkommen, daß die Beteiligung an öffentlichen Wahlen eine sehr geringe ist, oft auch, daß gerade diejenigen mit dem Wahlergebnis nicht einverstanden und zufrieden sein wollen, welche nicht mit die Wahlen zum Zwecke der Ausübung ihres Rechts herantreten. Um derartigen Vorwürfen vorzubeugen und insbesondere auch eine lebhaftere Beteiligung an städtischen Wahlen herbeizuführen, hat man dort folgendes Abhilfsmittel erfunden. Nach jeder Wahl wird eine Liste, die später in allen Restaurationen und Gasthäusern ausgehängt werden soll, die Namen aller der Bürger aufweisen, die sich an der Wahl beteiligt haben. Sollte es dann noch vorkommen, daß solche über städtische Angelegenheiten räsonnieren, die nicht mit gewählt haben, so wird man sie schon auffordern.

J. In Schlesien haben sich viele Landwirthe, auch solche, welche früher für die Einführung einer möglichst hohen Börsensteuer agitiert haben, über die Wirkung derselben sehr gewundert und gefrägt. Sie haben geglaubt, die Börsensteuer werde von der Börse gezahlt werden, und nun sollen sie selber mit dazu beitragen. Die Rübenlieferungscontracte sind nämlich für stempelpflichtig erklärt worden. So haben sie das gar nicht gemeint, und die Zuckerrübenproduzenten fühlen sich durch den Stempel "nicht unerheblich belastet". Andere von der Stempelsteuer Betroffene sollen ungefähr dasselbe Gefühl haben; sie müssen aber die von der agrarischen Agitation seit einer Reihe von Jahren immer stürmischer geforderte Last eben tragen. Die schlesischen Agrarier wollen das aber nicht. Nach dem "Landwirt" hat der landwirtschaftliche Centralverein für Schlesien bei dem Finanzminister einen Antrag eingebracht, welcher den Erlass eines besonderen Gesetzes fordert, durch welches in Preußen die Verträge über die Lieferung von Zuckerrüben von dem Lieferungsstempel wieder befreit werden sollen. Dieser Antrag ist auch dem Landwirtschaftsminister abschlägig mit der Bitte, ihn zu unterstützen, unterbreitet worden.

Minden, 17. März. Herrn Leonardi, dem Verleger und Redakteur des "Mindener Btg.", ist erst heute die Ladung zu dem Termin im Städterprozeß zum 7. April. Vormittags 9 Uhr, vor der Straßammer des Landgerichts zu Bielefeld, zu gestellt worden. Merkwürdiger Weise waren die conservativen Blätter jener Gegend schon anfangs voriger Woche in der Lage, diese Terminspacezession mittheilen zu können. Diese Blätter müssen doch am Bielefelder Landgericht ihre ganz besonderen Verbindungen haben.

Braunschweig, 18. März. Die Stadtverordneten haben heute fast einstimmig beschlossen, die Burg Dankwarderode der Hofintendantur für die Hoffstatt ohne jede Einschädigung zu überlassen. Die Hofintendantur hatte im Auftrage des Regenten wegen Überlassung der Burg Dankwarderode Verhandlungen eingeleitet. (W. L.)

Karlsruhe, 18. März. In dem Befinden des Erbgroßherzogs ist glücklicherweise eine in den letzten Tagen ohne schwere Störungen fortschreitende Besserung eingetreten, allein es treten doch noch immer gewisse dieser Krankheit eigenhümliche Schwankungen auf und dabei ist der Kranke so schwach, daß von dem Eintritt der Wiedergesundung doch noch nicht die Rede sein kann. Es ist deshalb, der Köln. 3. folge noch sehr zweifelhaft, ob die Großherzogin sich wird entschließen können, zum Geburtstage des Kaisers, ihres Vaters, wie beabsichtigt war, nach Berlin zu reisen; wohin sie natürlich das Tochterherz zieht.

Frankfurt, 18. März. Das "Frankf. Journ." schreibt: Das Gerücht von einer demnächstigen Neubesiedelung des Hrn. Oberbürgermeisters Dr. Miquel nach Berlin ist nach unseren Erkundigungen aus der Luft gegriffen.

\* Vom Niederrhein, 16. März, wird dem "Hamb. Corr." geschrieben: Die bejammernswerte Lage der niederrheinischen Haushalte ist ebenso bekannt wie unheimbar. Auch der jüngst in Berlin gewesenen Deputation der niederrheinischen Weber hat bei allen Sympathien für ihre Interessen eine Hoffnung in letzterer Beziehung nicht gemacht werden können. Der Kampf des mechanischen Webstuhls gegen den Handstuhl ist einmal ein Vernichtungskampf, in dem der Untergang der Haushaltsspitze besiegt ist. Den Vertretern des einst so blühenden Haushaltestandes bleibt nur übrig, sich auf andere Beschäftigungen einzurichten. Je eher dies geschieht, desto besser. Mehrere alte Gewerbefirmen voran haben bereits namhafte Summen zur Abwendung der Notth gespendet, aber sie vermögen dadurch das Uebel nur vorübergehend zu lindern, nicht zu beiseitigen. Den Webern den Übergang zu anderen Geschäftszweigen zu erleichtern, hat neuerdings eine alt renommierte Firma (Niederr. u. Co.) in Bönen einen Fonds von 26 000 M. gestiftet, aus welchem solchen Webern, die sich einer anderen Beschäftigung zuwenden, zur Erleichterung dieses Schrittes Prämien gewährt werden sollen. Die Firma hat damit die Richtung angegeben, auf welcher der als verloren zu betrachtenden Haushaltsspitze die radicalste Hilfe zu leisten ist. Der öfverwillige Sinn der durch diese Industrie zu großen Reichthümern gelangten Fabrikanten läßt größere Leistungen nach dieser Richtung erwarten.

Oesterreich-Ungarn.  
Wien, 18. März. Wie die in Serajevo erscheinende "Bosnische Post" berichtet, wird der Erzherzog Albrecht am 5. Mai in Ragusa eintreffen, dafselb von dem Landesfürsten von Bosnien, Baron Appel, erwartet werden und sich mit diesem nach der Herzegowina begeben, um von dort aus eine Inspektionsserie zu unternehmen, welche sich auf die wichtigsten Orte der occupirten Provinzen er-

strecken soll. Für den 15. Mai ist das Eintreffen des Erzherzogs Albrecht in der bosnischen Landeshauptstadt in Aussicht genommen, wo zum ersten Male nach 6 Jahren ein Mitglied des österreichischen Kaiserhauses seinen Einzug halten wird.

Bei der Unterweser-Vorlage sprechen die Abg. Windhorst und Gebhardt (nat. lib.) für Entschädigung der Uferbesitzer durch Bremen, das mit

Oldenburg und Preußen darüber werde unterhandeln müssen. — Die Vorlage wird darauf definitiv angenommen. Es folgt dann die Fortsetzung der Beratung der Zuckersteuer.

Gehlert (freicr. Sachse): Beim Etat bemühe sich der Reichstag, kleine Ersparnisse zu machen.

Hier sollte er der Zucker-Industrie eine Blanko-Ausweisung auf die Reichssteuer ausstellen. Diese Subvention berechnet Redner auf 40 Millionen. Sie kommt nur der gut stürmten Landwirtschaft zu gute; sie beträgt 8 bis 10 Proc. des in der Zucker-Industrie angelegten Kapitals, oder man könnte auch sagen, der Staat bezahle den gesamten Arbeits-Jahr für die 50 000 Arbeiter der Zucker-Industrie. Den Nutzen von unserem ganzen wirtschaftlichen System haben nur die Engländer gehabt. Dieses heutige System kann uns nur zum Objekt der Heiterkeit unserer anspruchsvollen Brüder machen! (Sehr richtig! links.) Ist die Industrie gesund, dann können wir nicht die Gesundheit gefordert machen durch Staatssubvention. Ist sie aber wirklich nicht gesund, wie ich meine, dann müssen wir die Ursachen der Krankheit beseitigen, und das ist die Staatssubvention. Das heutige Zucker gewerbe ist Staatsgewerbe in der schlechtesten Form, und es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann dieser Zustand ein Ende nehmen wird.

Man sagt, in 5 Jahren werde er noch schlimmer sein, als heute. Vor der Thür dieses Systems steht der wenig tröstliche Satz: Laßt die Hoffnung drausen! Dieses System hat sich an der nationalen Wohlfahrt schwer verständigt, als es jemals der doctrinäre Freihandel gehabt hat. (Hört! hört! links.) Das heutige System stellt sich als eine tolle Jagd der Staaten dar, wo es nur kommt auf die Frage: Wer ist reicher, wir oder unser Nachbar? Derjenige Theil der Zuckerindustrie muß zu Grunde gehen — und zwar je eher, je besser —, der auf dem Weltmarkt sich nicht aus eigener Kraft erhalten kann. (Hört! hört! links.) Abgeordneter Rickert ruft: Das sagt ein Schnizzler! Ja, Sie kennen uns noch nicht! (Heiterkeit.) Der Freihandel wäre das vernünftigste, wenn nur ein internationaler Vertrag möglich wäre. Der Herr Abg. Struckmann sagt, man muss die Industrie auf die Höhe erhalten, weil so viele Existenz davon abhängig sind. Nein, bei diesen Existenzien hat die Spekulation eine große Rolle gespielt; man hat in günstigen Zeiten 80, ja manchmal 100 Proc. verdient. Fest steht sie der Staat durch Subvention für eventuelle Verluste entzünden. Die Materialsteuer ist aus allen diesen Gründen für mich durchaus unannehmbar. Die Folgen des jetzigen Systems liegen höchstlich klar zu Tage und die Regierung hat die Verantwortung für alles Unglück, das daraus folgen wird. Ich wünsche herzlich und dringend und plädieren darum, daß Alles abgelehnt wird. (Beifall und Heiterkeit links.)

Paris, 18. März. Der Senat berief heute das Gesetz über den Primärunterricht. Jules Simon sprach sich entschieden gegen den Artikel aus, welcher den Unterricht ausschließlich durch Laténie erhält. Durch eine derartige Bestimmung werde das Prinzip der Zulässigkeit aller Bürger zu öffentlichen Ämtern verletzt; die Jugend könne ohne jede Gefahr über den Glauben an ein künftiges Leben, an dem er fühlbar, unterrichtet werden, die Republikaner thäten, wenn sie eine solche geistliche Bestimmung gut hielten, daßselbe, was sie dem Kaiserreiche vorgeworfen hätten; die republikanische Partei müsse eine Partei der Gerechtigkeit und der wahren Freiheit sein. Die Rede Jules Simons wurde sehr beständig aufgenommen, die weitere Beratung des Gesetzes wurde auf nächsten Sonnabend verlegt.

England.  
London, 19. März. Unterhaus. Der Secretary der Admiralty, Hibbert, teilte bei der fortgesetzten Beratung des Marinebudgets mit, daß gegenwärtig 103 verschiedene Schiffe im Bau begriffen seien, darunter 20 gepanzerte und 54 Torpedoboote. Die Kosten für dieselben betrügen im Ganzen 13 100 000 Pf. Sterl. Vorläufig seien keine weiteren neuen Schiffe in Aussicht genommen. Die Position "Löhning" wurde nach mehrstündigem Debatt mit 2 900 000 Pf. Sterl. angenommen. (W. L.)

Brüssel, 18. März. Das Journal "Patrore" meldet über die Arbeitserfordernis in Lüttich, es hätten sich zur Theilnahme an der selben Arbeiter aus Serain und Gemeppe nach Lüttich begeben, die Arbeiter waren lärmend durch mehrere Straßen gezogen, hätten Fenster in den Warenlädchen zertrümmert und dann auf dem Platze Delcourt eine Versammlung abgehalten, bei welcher aufreizende Reden gehalten worden seien. (W. L.)

Petersburg, 18. März. Der Großherzog von Hessen hat, nachdem er sich vom Kaiser und der Kaiserin in Gaisching verabschiedet, heut über Syd Kubun die Rückreise angetreten.

Warschau, 18. März. Der ganze Eisenbahnenverkehr ist in Folge starken Schneefalls eingestellt. (W. L.)

Afrika.  
Petersburg, 18. März. Der Großherzog von Hessen hat, nachdem er sich vom Kaiser und der Kaiserin in Gaisching verabschiedet, heut über Syd Kubun die Rückreise angetreten.

Brunswick, 18. März. Der ganze Eisenbahnenverkehr ist in Folge starken Schneefalls eingestellt. (W. L.)

\* [Die Ermordung des Bischofs Hammingo.] Der Londoner Missionsverein hat nunmehr beständige Nachrichten über die Niedermordung des Bischofs Hammingo und fünfzig Personen seines Mitros in Zanzibar erhalten, und zwar von vier Personen aus dem Gefolge Hammingo's, welchen es gelingen ist, zu entkommen. Als Hammingo am Nyangage ankam, fand er unfreundliche Aufnahme. König Miesa widerstand lange den Einführungen seiner Umgebung, die Missionäre zu tödten und dadurch die Blatternkrankheit zu bannen. Als jedoch Miesa mit Leidenschaft der an Blattern verstorbenen Kinder an den See kamen und den König beschuldigten, daß er durch die Duldung der Europäer Schuld in dem Unglück trage, bemächtigte sich der Bevölkerung eine große Aufregung. Miesa beschloß die Errichtung der Europäer, die am öffentlichen Platz vollzogen wurde. Miesa hielt persönlich dem Bischöfe Hammingo den Kopf ab. Sodann wurde das Gefolge Hammingo's von den Würdenträgern getötet. Außerdem wurden noch 28 Ungandesen hingerichtet, welche im Verdachte standen, Europäen freundlich geführt zu haben.

Petersburg, 18. März. Die Stadtverordneten haben heute fast einstimmig beschlossen, die Burg Dankwarderode der Hofintendantur für die Hoffstatt ohne jede Einschädigung zu überlassen. Die Hofintendantur hatte im Auftrage des Regenten wegen Überlassung der Burg Dankwarderode Verhandlungen eingeleitet. (W. L.)

Braunschweig, 18. März. Der Großherzog ist glücklicherweise eine in den letzten Tagen ohne schwere Störungen fortschreitende Besserung eingetreten, allein es treten doch noch immer gewisse dieser Krankheit eigenhümliche Schwankungen auf und dabei ist der Kranke so schwach, daß von dem Eintritt der Wiedergesundung doch noch nicht die Rede sein kann. Es ist deshalb, der Köln. 3. folge noch sehr zweifelhaft, ob die Großherzogin sich wird entschließen können, zum Geburtstage des Kaisers, ihres Vaters, wie beabsichtigt war, nach Berlin zu reisen; wohin sie natürlich das Tochterherz zieht.

Frankfurt, 18. März. Das "Frankf. Journ." schreibt: Das Gerücht von einer demnächstigen Neubesiedelung des Hrn. Oberbürgermeisters Dr. Miquel nach Berlin ist nach unseren Erkundigungen aus der Luft gegriffen.

\* Vom Niederrhein, 16. März, wird dem "Hamb. Corr." geschrieben: Die bejammernswerte Lage der niederrheinischen Haushalte ist ebenso bekannt wie unheimbar. Auch der jüngst in Berlin gewesenen Deputation der niederrheinischen Weber hat bei allen Sympathien für ihre Interessen eine Hoffnung in letzterer Beziehung nicht gemacht werden können. Der Kampf des mechanischen Webstuhls gegen den Handstuhl ist einmal ein Vernichtungskampf, in dem der Untergang der Haushaltsspitze besiegt ist. Den Vertretern des einst so blühenden Haushaltestandes bleibt nur übrig, sich auf andere Beschäftigungen einzurichten. Je eher dies geschieht, desto besser. Mehrere alte Gewerbefirmen voran haben bereits namhafte Summen zur Abwendung der Notth gespendet, aber sie vermögen dadurch das Uebel nur vorübergehend zu lindern, nicht zu beiseitigen. Den Webern den Übergang zu anderen Geschäftszweigen zu erleichtern, hat neuerdings eine alt renommierte Firma (Niederr. u. Co.) in Bönen einen Fonds von 26 000 M. gestiftet, aus welchem solchen Webern, die sich einer anderen Beschäftigung zuwenden, zur Erleichterung dieses Schrittes Prämien gewährt werden sollen. Die Firma hat damit die Richtung angegeben, auf welcher der als verloren zu betrachtenden Haushaltsspitze die radicalste Hilfe zu leisten ist. Der öfverwillige Sinn der durch diese Industrie zu großen Reichthümern gelangten Fabrikanten läßt größere Leistungen nach dieser Richtung erwarten.

Bon der Marine.  
Kiel, 18. März. Die mehrtägigen Uebungen in der Marine haben in der verflossenen Nacht mit der probeweisen Bemannung mehrerer Schiffe und Torpedoboote ihren vorläufigen Abschluß gefunden.

Es fanden diese Uebungen statt nah einem Mobilisierungspanzer, welcher dem Unternehmen nach bis zum 1. April 1887 in Giltigkeit verbleibt. Mit Beziehung auf die diessommerliche Geschwader-Uebungen sollen den betreffenden Schiffss-

Commandanten versiegelte Ordres zugegangen sein. Die Commandirungen werden laut Befehl des Chefs

der Admiraliät vorläufig geheim gehalten. In früheren Jahren wurden die betreffenden Cabinets

Ordres sofort im Marineverordnungs-Blatt veröffentlicht.

Bon der Marine.  
Kiel, 18. März. Die mehrtägigen Uebungen in der Marine haben in der verflossenen Nacht mit der probeweisen Bemannung mehrerer Schiffe und Torpedoboote ihren vorläufigen Abschluß gefunden.

Es fanden diese Uebungen statt nah einem Mobilisierungspanzer, welcher dem Unternehmen nach bis zum 1. April 1887 in Giltigkeit verbleibt. Mit Beziehung auf die diessommerliche Geschwader-Uebungen sollen den betreffenden Schiffss-

Commandanten versiegelte Ordres zugegangen sein. Die Commandirungen werden laut Befehl des Chefs

der Admiraliät vorläufig geheim gehalten. In früheren Jahren wurden die betreffenden Cabinets

Ordres sofort im Marineverordnungs-Blatt veröffentlicht.

Telegraphischer Specialdienst  
der Danziger Zeitung.

Berlin, 19. März. Reichstag. Wie zum Theil schon mitgetheilt ist, bespricht vor dem Eintritt in die Tagesordnung Abg. Rickert nochmals die Be- handlung des Abg. Graf Behr, daß der verstorbene Abgeordnete Güter bei seinen Wahlkreisen den Wirthen je 100 Mark für Freibier und Cigarras gegeben habe. Graf Behr habe den Gegenbeweis verlangt. Trotz dieser ganz ungewöhnlichen Forderung habe das liberale Wahlcomite in Greifswald, in dankbarer Erinnerung an den hochgeschätzten Verstorbenen, es unternommen, den Gegenbeweis durch umfassende Ermittlungen zu führen. Der Abg. Rickert legt nun Erklärungen der Vertrauensmänner und Gastwirth vor, welche die Behauptung Behrs bestreiten. Ein Gastwirth erklärte, daß zwei Achtel Freibier von einem Wolgaster Herrn gegeben werden sind, aber erst als Güter schon abgereist war. Der Gastwirth fügte hinzu, daß bei der Rede des konserватiven Gegencandidaten Landrat Jagow vier Achtel Freibier gegeben und von einem Arbeiter bezahlt seien. Abg. Rickert will es dem Urtheile des Hauses überlassen, ob der Gegenbeweis gescheit sei, und betont, daß es Sache des Grafen Behr sein werde, die Consequenzen aus diesen Erklärungen zu erzielen. Graf Behr nimmt darauf seinen früheren Vorwurf zurück und bedenkt, daß Namen Güters in die Debatte gezogen zu haben.

Bei der Unterweser-Vorlage sprechen die Abg. Windhorst und Gebhardt (nat. lib.) für Entschädigung der Uferbesitzer durch Bremen, das mit

Oldenburg und Preußen darüber werde unterhandeln müssen. — Die Vorlage wird darauf definitiv angenommen. Es folgt dann die Fortsetzung der Beratung der Zuckersteuer.

Gehlert (freicr. Sachse): Beim Etat bemühe sich der Reichstag, kleine Ersparnisse zu machen. Hier sollte er der Zucker-Industrie eine Blanko-Ausweisung auf die Reichssteuer ausstellen. Diese Subvention berechnet Redner auf 40 Millionen. Sie kommt nur der gut stürmten Landwirtschaft zu gute;

sie beträgt 8 bis 10 Proc. des in der Zucker-Industrie angelegten Kapitals, oder man könnte auch sagen, der Staat bezahle den gesamten Arbeits-Jahr für die 50 000 Arbeiter der Zucker-Industrie.

Den Nutzen von unserem ganzen wirtschaftlichen System haben nur die Engländer gehabt. Dieses heutige System kann uns nur zum Objekt der Heiterkeit unserer anspruchsvollen Brüder machen! (Sehr richtig! links.)

Ist die Industrie gesund, dann können wir nicht die Gesundheit gefordert machen durch Staatssubvention. Ist sie aber wirklich nicht gesund, wie ich meine, dann müssen wir die Ursachen der Krankheit beseitigen, und das ist die Staatssubvention.

Das heutige Zucker gewerbe ist Staatsgewerbe in der schlechtesten Form, und es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann dieser Zustand ein Ende nehmen wird.

Man sagt, in 5 Jahren werde er noch schlimmer sein, als heute. Vor der Thür dieses Systems steht der wenig tröstliche Satz: Laßt die Hoffnung drausen!

Dieses System hat sich an der nationalen Wohlfahrt schwer verständigt, als es jemals der doctrinäre Freihandel gehabt hat. (Hört! hört! links.) Das heutige System stellt sich als eine tolle Jagd der Staaten dar, wo es nur kommt auf die Frage: Wer ist reicher, wir oder unser Nachbar?

Derjenige Theil der Zuckerindustrie muß zu Grunde gehen — und zwar je eher, je besser —, der auf dem Weltmarkt sich nicht aus eigener Kraft erhalten kann. (Hört! hört! links.) Abgeordneter Rickert ruft: Das sagt ein Schnizzler!

Ja, Sie kennen uns noch nicht! (Heiterkeit.) Der Freihandel wäre das vernünftigste, wenn nur ein internationaler Vertrag möglich wäre

Schlochan zu 2 Stationen, Gr. Nebra zu 2 Stationen, Lisswo zu 1 Station, und zwar pro Station 50 M. Zur Beschaffung von Viehwagen wurden den Vereinen Rosenberg 100 M., Marienburg 200 M., Schlochan 100 M., Gr. Nebra 100 M., Gruczno 100 M., Rüdtorf 100 M., Jungen-Bappeln 100 M., Podwits-Lunau 100 M. bewilligt. Dem Verein Lenzen wurde die gewünschte Beihilfe zum Ankauf von ca. 300 Aesfel- und Birnen-Wildlingen vorläufig verweigert. Der Verein Schlochan hat zu Pramten bei der nächsten Thierschau die Bewilligung von 800 M. beantragt. Gegen diesen Antrag sprechen mehrere Redner, derselbe wird jedoch von Vorständen sowohl wie von Herrn Oberpräsidenten v. Ernsthausen befürwortet und schließlich auch genehmigt. Von 44 Vereinen sind Anträge auf Gewährung von 18.000 Stück Obstbäumen zur Vertheilung an kleinere Betreher und Lehrer gestellt, zu welchem Zwecke 1000 M. disponibel sind. Es wird die Hauptverwaltung ermächtigt, nach eigenem Befinden die Summe zu verteilen. — Der landwirthschaftliche Bezirksverein Graudenz hat einen Antrag gestellt auf Errichtung einer landwirtschaftlichen Winterschule in Graudenz. Es wurde in der sich hierüber entzündenden Debatte geltend gemacht, daß die vor treffliche Winterschule in Marienburg nur 6 Schüler gehabt habe; die Graudenser könnten daher diese Schule benutzen. Die Versammlung erklärte sich jedoch mit der Errichtung der Graudenser Schule einverstanden, wenn durch dieselbe nicht die Mittel des Centralvereins in Anspruch genommen werden.

Es folgte der Antrag des Vereins Culm, daß bei den nächsten westl. Schaf-Schauen weder Aussteller von Schafen noch Stammherdenbesitzer als Preisrichter fungieren sollen. Die Versammlung stimmt dem Antrage zu.

Auf Anregung des Vereins Culm wurden einige bei dem Hrn. Oberpräsidenten zu beantragende Änderungen der Polizei-Verordnung vom 16. August 1879 über die Körung beschlossen. — Auf der Tagesordnung stand darauf folgender Antrag des Vereins Gruczno: „Den Centralverein zu ersuchen, in Anbetracht, daß der Obstbau für die Landwirthschaft der geläufigen Niederungen, speciell auch an der Weichsel eine Einnahmequelle von der allerhöchsten Bedeutung ist, den Preis für alle Arten Obst aber schwer gedrückt wird durch die Einfuhr aus dem Auslande, es anzustreben, daß die inländische Produktion vor der ausländischen Concurrenz durch angemessene hohen Einfuhrzölle auf frisches, wie auf getrocknetes Obst geschützt werde.“ Auch dieser Antrag wurde, nachdem der Vertreter des Vereins Gruczno ihn kurz motivirt und hervorgehoben hatte, die Regierung werde das richtige Mittel zur Erzielung dieses neuen Schutzzolls finden, von der Majorität angenommen. — Ein nunmehr gefestelter Vertragungsantrag wurde abgelehnt und in die Verhandlung des Antrags der landwirtschaftlichen Vereine Tegerns, Reutte, Radkopp und Neufisch eingetreten, der dahin geht, der Verwaltungszuschlag wolle die Aufhebung des Belchlusses des vorjährigen General-Landtages der Steuern westl. Provinz“ in Betriff des Feuerversicherungszwanges, der durch die Landschaft beliebten Grundstücke bei der Direction der neuen westpreußischen Landschaft befürworten. Da dieser Zwang in vielen Fällen Nachtheile mit sich führt, Nachdem mehrere Redner gegen die vorstehende Verstärkung und für den Antrag gesprochen, wird derselbe ebenfalls angenommen, mit ihm zugleich der Antrag des Vereins Prechlau, bei der Ritterlichen Landschaft den Antrag zu stellen, daß die Versicherung der Gebäude bepfandbrierter Güter auch bei soliden Privatgesellschaften gefestigt werde. — Die Anfrage, ob es sich empfehle, bei den competenten Behörden dahin einzutunen, daß Schuldarlehen amortisierbare Credit-Institutdarlehen bei der Veranlaugung zur Einkommenssteuer und Klassensteuer in Anrechnung gebracht werden, wird dahin erledigt, daß der Central-Verein sich einer begünstigten Petition der Gemeinde Czarnikau an den Minister anschließen soll. — Der Verein Lenzen wünscht, die Hauptverwaltung solle an geeignete erscheinender Stelle beantragen, daß die meteorologischen Berichte der Sekrete der landwirtschaftlichen Vereinen zugänglich gemacht werden. Dieser Antrag wurde, nachdem hervorgehoben worden war, daß die Witterungsberichte der deutschen Seewarte bis jetzt noch wenig verworfen werden können, von der inzwischen schon fertiggestellten Bagatellung abgelehnt. — Stettiner Schiffsgebühren haben endlich bei dem Central-Verein bestimmt, dab ein zu wirken, daß ein höherer Zoll auf den Ausland und Desterden verhindernde Schwelle eingeführt werde. Die Verhinderung besteht, dieser Petition keine Folge zu geben. — Damit war die Tagesordnung erledigt und die Versammlung wurde um 8½ Uhr geschlossen.

\* [Schlußfazit.] Gestern Abend fand im Gewerbehause im Beisein einer Anzahl Mitglieder des Gewerbevereins und verschiedener Lehrherren der offizielle Schluss der vor Gewerbe-Be ein, dem Juniors-Verein und der Maler-Innung unterhaltenen Fortbildungsschule statt. Als Vertreter der sgl. Regierung war Herr Regierungsassessor Dr. Adler, als Vertreter des Magistrats Herr Stadtrath Büchermann anwesend. Herr Malermeister Dahms gab eine Übersicht über die Anzahl der Meldungen und den Besuch der Schule; nach dieser haben sich 546 Lehrlinge gemeldet, doch durchschnittlich nur 2/3 die Schule besucht. Nachdem Redner sowohl wie Dr. Malermeister Schätz die Lehrlinge zum steten Weiterstreben ermahnt und Dr. Adler hinzugefügt hatte, daß die Staatsregierung in Aussicht genommen habe, in allen Städten der Provinz Westpreußen Fortbildungs- und Fachschulen zu errichten, wurde von Herrn Dahms noch die Mittheilung gemacht, daß von einer Bämmerung und Ausstellung der Arbeiten für jetzt Abstand genommen sei, dagegen am 4. und 5. September d. J. eine Ausstellung vereint mit anderen Fortbildungs- und Fachschulen der Provinz Westpreußen, hier in Danzig stattfinden werde.

\* [Hotel-Baukost.] Wie wir hören, ist Thiersch's Hotel in Oliva in die Hände des Hoteliers Herrn Kühlens übergegangen, welcher bisher das Hotel Ebers in Bad Elmen mit Erfolg leitete.

\* Der Forstmeister Sachsenroeder zu Marienwerder ist auf die Forstmeisterstelle Kassel-Fulda versetzt, und dem Forstmeister v. Webell die Forstmeisterstelle Marienwerder-Dt. Krone verliehen. Der bisherige Kreis-Bundarzt Dr. Papendieck zu Rastenburg ernannt worden.

### Berwaltungsstreit der Provinz gegen den Fiscus.

Berlin, 17. März.  
Vor dem Oberverwaltungsgericht wurde heute in der Berwaltungsgerichtsbarkeit der westpreußischen Landesverbandes wider den Domänenfiscus verhandelt, deren Gegenstand die kommunalen Verhältnisse der Ortschaft Biegelshenne im Kreise Stuhm bilden. Die genannte Ortschaft ist bisher als ein selbständiger Gemeindebezirk angesehen worden, und da derselbe zur Trägung der ihm zufallenden Arminlasten unfähig war, hat ihm seit einer Reihe von Jahren der westpreußische Landesverband beizug namhafte Zuschüsse geben müssen. Derselbe behauptet nunmehr, daß Biegelshenne eine eigene Commune überhaupt nicht bilde, vielmehr als Trennstück von einem domänenfiscalischen Gutsbezirke noch gegenwärtig rechtlich diesem angehöre, und daß demnach der Fiscus als Gutsbesitzer verpflichtet sei, für die Armenpflege einzutreten. Beim Widerdruck des letzteren hat der Landesverband den Weg der Klage beschritten und mit derselben den Eventualantrag verbunden, mindestens zu erklären, daß Biegelshenne als ein communalfreies, d. h. keinem Gemeinde- oder selbständigen Gutsbezirke angehöriges Grundstück anzusehen sei.

Gegenstand des Rechtsstreites — welcher in den beiden Vorinstanzen, von dem Kreisausschuß zu Stuhm und dem Bezirksausschuß zu Marienwerder, nach dem principalen Antrage des Klägers dahin entschieden ist, daß Biegelshenne noch jetzt als Theil eines fiscalischen Gutsbezirkes zu betrachten sei — ist zunächst die Frage, ob die genannte Ortschaft den Charakter einer selbständigen Gemeinde habe. Nach konstanter Präzis, welche auf 25. Th. II. Tit. 6. Allg. Landrecht und die Ministerialrescripte vom 30. Juni und 27. Oktbr. 1840 gründet, wird daran festgehalten, daß seit Emanation des Allgemeinen Landrechts die Gemeinderechte nur durch spezielle Landesherrliche Verleihung erworben werden können, daß hingegen die bis dahin, also vor dem 1. Juni 1794 bereits constituirten und bestehenden Ge-

meinden als solche anzuerkennen sind. Da nun kein Zweifel darüber besteht, daß die ausdrückliche Verleihung der Gemeinderechte an die Ortschaft Biegelshenne nicht stattgefunden hat, so kann es nur noch darauf ankommen, ob dieselbe schon am 1. Juni 1794 eine eigene Gemeinde gebildet hat. In dieser Beziehung steht nur fest, daß das jetzt die Ortschaft Biegelshenne — dieser Name kommt erst im Jahre 1821 vor — bildende, als ehemaliges Ziegelschloss bezeichnete Terrain seitens der zuständigen Kriegs- und Domänenkammer durch Erb-Abtissvertrag vom 26. April 1779 von dem zum Domänenamt Stuhm gehörigen fiscalischen Besitz abgetrennt ist, daß dann alsbald Parzellierungen stattgefunden haben, daß seit dem Jahre 1791 oder 1792 über diese Aufteilung besondere Prälatenstellen geführt wurden, und daß dieselbe zum ersten Male im Jahre 1799 in diesen Tabellen als Dorf bezeichnet wird.

Hieraus folgert der beklagte Fiscus, daß in der That bei Emanation des Landrechts bereits eine Gemeinde Biegelshenne bestanden habe. Mit der Verwaltung habe das frühere gewerbliche Etablissement aufgehört als solches zu bestehen, durch die späteren Parzellierungen sei dasselbe zu einem Dorfe geworden. Insbesondere gehe aus dem Dorfsprotokolle vom 15. August 1791 hervor, daß schon damals in Biegelshenne eine Mehrzahl selbständiger Besitzer (Eigentümner) vorhanden gewesen sei. In diesem Protokolle werde auch erwähnt, daß die Einwohner die Dorfsordnung vom 3. Oktober 1780 nach Möglichkeit befolgen; hieraus ergebe sich, daß das Dorfsprotokoll a. B. das Vorhandensein eines Schulzen notwendig voraussetze, daß Biegelshenne damals auch schon kommunale Einrichtungen gehabt habe.

Dem halb der Kläger zunächst entgegen, daß eine Dorfgemeinde im landwirthschaftlichen Sinne (Th. II. Tit. 7 SS 1, 18), d. h. eine Gemeinschaft bürgerlicher Birth, welche sich mit dem unmittelbaren Betriebe des Ackerbaus und der Landwirthschaft beschäftigen, schon deshalb nicht bestanden haben könne, weil es an dem notwendigen Substrat hierzu fehle und noch gegenwärtig fehle. Denn das abgeweihte Landstück habe überhaupt nur eine Größe von 7½ Morgen gehabt, zudem zum größten Theile in steigendem Sande bestanden, und der Jahresertrag werde auf 6—9 Scheffel angegeben. Zugleich entwickele sich sein Rednertalent immer mehr. Schon wenigen Jahren wirkte er bei den Wahlen in seinem Heimatdistrikt als Agitator, und selbst Minister verachteten es nicht, seine Fürsprache zu Gunsten ihrer Kandidaten zu suchen. Denn er zog von Dorf zu Dorf und beeinflusste die Bauern durch seine Reden. Bei den letzten Wahlen trat er selbst als Kandidat auf und wurde von seinen Bauern einstimmig gewählt. Sein Programm ist: Verbesserung der Lage der Landbevölkerung. Er ist einer der gefürchtetsten Redner der rumänischen Kammer, namentlich in Agrarfragen. Seine Abstammung hat eine reiche Bauernfamilie nicht gehindert, ihm ihre Hand und ihr Vermögen zu schenken. Sein Haus ist jetzt der Sammelplatz der Elite der Bauernstadt Bokan.

\* In Bayreuth ist dem „Frank. Cur.“ aufgefolgt der königl. Majestätsgegenstand Peter Götting, angeblich (außer dem Kaiser) der älteste active Soldat der deutschen Armee, gestorben.

A. C. London, 16. März. Der bevorstehende Besuch Franz Liszt's in London erregt viel Interesse

in den musikalischen und künstlerischen Kreisen der Metropole.

Liszt wird einer großen Aufführung seiner „heiligen Elisabeth“ in dem Strelitz'schen Opernhaus-Concert

in der St. James Hall am 6. April bewohnen. Andere Musik-Aufführungen zu Ehren des Abbes werden stattfinden, einige wahrscheinlich in seiner Anwesenheit. Am 9. April veranstaltet der Pianist Emil Leonhardt Bach ein Liszt-Concert und ein weiteres findet Tags darauf im Crystalpalast statt. Während seines Aufenthalts in London werden Liszt noch andere Zeichen der Achtung und Anerkennung zu Theil werden.

Moskau, 15. März. Gestern hat hier das Gaftspiel Ludwig Barnay's bei ausverkauftem Hause begonnen.

Das aus der höchsten russischen und deutschen Gesellschaft bestehende Publikum bereite Barnay als Hamlet von Scène zu Scène zu Ovationen. Nach der Beendigung des Gaftspiels wird Director Parades mit Barnay und der gesamten Troupe eine Tournée nach Kiew, Odessa und Bokarest unternehmen.

einem Mitgliede der „Merchants' Exchange“ für 50 Doll. erstanden.

\* [Vom Schafshirten zum Deputirten.] Aus Bullock wird der „M. Fr. Pr.“ geschrieben: Ein der Deputirten der rumänischen Kammer, Joseph Arch. Ioan Guriza, war schon mehr als zwanzig Jahre alt, als er noch immer die Schafherde eines Bauern in der Nähe von Bokan auf die Weide führte. Im Sommer pflegten gewöhnlich die Schulknaben von mehreren Dörfern in die gemeinsame Schule des größten Dorfes an der Weide vorzuerziehen. Auf dem Heimweg blieb der eine oder der andere Knabe im Schafshirten, um dem Spiel desselben auf der Höhe zu laufen. Von einem dieser Knaben dürfte Guriza das Alphabet kennen und endlich leidlich lesen gelernt haben. Eines Tages brach unter den Bauern der Umgebung eine Revolte aus. Sie stürmten gegen das Schloß des Bauern, der sie in ihrem Grunde gehalten verfüren wollte. Da trachte aus dem Schloß ein Schuß, und einer der Bauern stürzte tot nieder. Die Bauern wurden hierauf vertrieben, und es kam zur gerichtlichen Klage gegen sie. Guriza, der Schafshirte, war als Zeuge vorgeladen. Ganz unerwartet hielt er vor Gericht eine Rede, worin er in schlichten Worten das Elend und die Not der Bauern schilderte. Alle Welt war erstaunt über diese Rede. Von jenem Tage an war das Schafshirten entschieden. Mit 25 Jahren begann er, unterstutzt von mildthätigen Leuten, ordentlich lesen und schreiben zu lernen. Zugleich entwickele sich sein Rednertalent immer mehr. Schon wenigen Jahren wirkte er bei den Wahlen in seinem Heimatdistrikt als Agitator, und selbst Minister verachteten es nicht, seine Fürsprache zu Gunsten ihrer Kandidaten zu suchen. Denn er zog von Dorf zu Dorf und beeinflusste die Bauern durch seine Reden. Bei den letzten Wahlen trat er selbst als Kandidat auf und wurde von seinen Bauern einstimmig gewählt. Sein Programm ist: Verbesserung der Lage der Landbevölkerung. Er ist einer der gefürchtetsten Redner der rumänischen Kammer, namentlich in Agrarfragen. Seine Abstammung hat eine reiche Bauernfamilie nicht gehindert, ihm ihre Hand und ihr Vermögen zu schenken. Sein Haus ist jetzt der Sammelplatz der Elite der Bauernstadt Bokan.

\* In Bayreuth ist dem „Frank. Cur.“ aufgefolgt der königl. Majestätsgegenstand Peter Götting, angeblich (außer dem Kaiser) der älteste active Soldat der deutschen Armee, gestorben.

A. C. London, 16. März. Der bevorstehende Besuch Franz Liszt's in London erregt viel Interesse

in den musikalischen und künstlerischen Kreisen der Metropole.

Liszt wird einer großen Aufführung seiner „heiligen Elisabeth“ in dem Strelitz'schen Opernhaus-Concert

in der St. James Hall am 6. April bewohnen. Andere Musik-Aufführungen zu Ehren des Abbes werden stattfinden, einige wahrscheinlich in seiner Anwesenheit. Am 9. April veranstaltet der Pianist Emil Leonhardt Bach ein Liszt-Concert und ein weiteres findet Tags darauf im Crystalpalast statt. Während seines Aufenthalts in London werden Liszt noch andere Zeichen der Achtung und Anerkennung zu Theil werden.

Moskau, 15. März. Gestern hat hier das Gaftspiel Ludwig Barnay's bei ausverkauftem Hause begonnen.

Das aus der höchsten russischen und deutschen Gesellschaft bestehende Publikum bereite Barnay als Hamlet von Scène zu Scène zu Ovationen. Nach der Beendigung des Gaftspiels wird Director Parades mit Barnay und der gesamten Troupe eine Tournée nach Kiew, Odessa und Bokarest unternehmen.

\* In Bayreuth ist dem „Frank. Cur.“ aufgefolgt der königl. Majestätsgegenstand Peter Götting, angeblich (außer dem Kaiser) der älteste active Soldat der deutschen Armee, gestorben.

A. C. London, 16. März. Der bevorstehende Besuch Franz Liszt's in London erregt viel Interesse

in den musikalischen und künstlerischen Kreisen der Metropole.

Liszt wird einer großen Aufführung seiner „heiligen Elisabeth“ in dem Strelitz'schen Opernhaus-Concert

in der St. James Hall am 6. April bewohnen. Andere Musik-Aufführungen zu Ehren des Abbes werden stattfinden, einige wahrscheinlich in seiner Anwesenheit. Am 9. April veranstaltet der Pianist Emil Leonhardt Bach ein Liszt-Concert und ein weiteres findet Tags darauf im Crystalpalast statt. Während seines Aufenthalts in London werden Liszt noch andere Zeichen der Achtung und Anerkennung zu Theil werden.

Moskau, 15. März. Gestern hat hier das Gaftspiel Ludwig Barnay's bei ausverkauftem Hause begonnen.

Das aus der höchsten russischen und deutschen Gesellschaft bestehende Publikum bereite Barnay als Hamlet von Scène zu Scène zu Ovationen. Nach der Beendigung des Gaftspiels wird Director Parades mit Barnay und der gesamten Troupe eine Tournée nach Kiew, Odessa und Bokarest unternehmen.

\* In Bayreuth ist dem „Frank. Cur.“ aufgefolgt der königl. Majestätsgegenstand Peter Götting, angeblich (außer dem Kaiser) der älteste active Soldat der deutschen Armee, gestorben.

A. C. London, 16. März. Der bevorstehende Besuch Franz Liszt's in London erregt viel Interesse

in den musikalischen und künstlerischen Kreisen der Metropole.

Liszt wird einer großen Aufführung seiner „heiligen Elisabeth“ in dem Strelitz'schen Opernhaus-Concert

in der St. James Hall am 6. April bewohnen. Andere Musik-Aufführungen zu Ehren des Abbes werden stattfinden, einige wahrscheinlich in seiner Anwesenheit. Am 9. April veranstaltet der Pianist Emil Leonhardt Bach ein Liszt-Concert und ein weiteres findet Tags darauf im Crystalpalast statt. Während seines Aufenthalts in London werden Liszt noch andere Zeichen der Achtung und Anerkennung zu Theil werden.

Moskau, 15. März. Gestern hat hier das Gaftspiel Ludwig Barnay's bei ausverkauftem Hause begonnen.

Das aus der höchsten russischen und deutschen Gesellschaft bestehende Publikum bereite Barnay als Hamlet von Scène zu Scène zu Ovationen. Nach der Beendigung des Gaftspiels wird Director Parades mit Barnay und der gesamten Troupe eine Tournée nach Kiew, Odessa und Bokarest unternehmen.

\* In Bayreuth ist dem „Frank. Cur.“ aufgefolgt der königl. Majestätsgegenstand Peter Götting, angeblich (außer dem Kaiser) der älteste active Soldat der deutschen Armee, gestorben.

A. C. London, 16. März. Der bevorstehende Besuch Franz Liszt's in London erregt viel Interesse

in den musikalischen und künstlerischen Kreisen der Metropole.

Liszt wird einer großen Aufführung seiner „heiligen Elisabeth“ in dem Strelitz'schen Opernhaus-Concert

in der St. James Hall am 6. April bewohnen. Andere Musik-Aufführungen zu Ehren des Abbes werden stattfinden, einige wahrscheinlich in seiner Anwesenheit. Am 9. April veranstaltet der Pianist Emil Leonhardt Bach ein Liszt-Concert und ein weiteres findet Tags darauf im Crystalpalast statt. Während seines Aufenthalts in London werden Liszt noch andere Zeichen der Achtung und Anerkennung zu Theil werden.

Moskau, 15. März. Gestern hat hier das Gaftspiel Ludwig Barnay's bei ausverkauftem Hause begonnen.

Das aus der höchsten russischen und deutschen Gesellschaft bestehende Publikum bereite Barnay als Hamlet von Scène zu Scène zu Ovationen. Nach der Beendigung des Gaftspiels wird Director Parades mit Barnay und der gesamten Troupe eine Tournée nach Kiew, Odessa und Bokarest unternehmen.

\* In Bayreuth ist dem „Frank. Cur.“ aufgefolgt der königl. Majestätsgegenstand Peter Götting, angeblich (außer dem Kaiser) der älteste active Soldat der deutschen Armee, gestorben.

A. C. London, 16. März. Der bevorstehende Besuch Franz Liszt's in London erregt viel Interesse

in den musikalischen und künstlerischen Kreisen der Metropole.

Liszt wird einer großen Aufführung seiner „heiligen Elisabeth“ in dem Strelitz'schen Opernhaus-Concert

in der St. James Hall am 6. April bewohnen. Andere Musik-Aufführungen zu Ehren des Abbes werden stattfinden, einige wahrscheinlich in seiner Anwesenheit. Am 9. April veranstaltet der Pianist Emil Leonhardt Bach ein Liszt-Concert und ein weiteres findet Tags darauf im Crystalpalast statt. Während seines Aufenthalts in London werden Liszt noch andere Zeichen der Achtung und Anerkennung zu Theil werden.

Moskau, 15

## Concursverfahren.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Commandit-Gesellschaft in Firma Richard Meier & Comp. zu Danzig ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf

den 5. April 1886,

Vormittags 11½ Uhr, vor dem Königlichen Amtsgerichte XI. hier selbst, Zimmer Nr. 42, anberaumt. Danzig, den 16. März 1886.

**Grzegorzewski,**  
Gerichtsschreiber des Königlichen  
Amtsgerichts XI. (48)

## Concursverfahren.

Über das Vermögen des Kaufmanns H. Simon in Eichen ist am 15. März 1886,

Vormittags 9 Uhr,

das Concursverfahren eröffnet.

Der Hofstallmeister-Rendant Zaeckse

zu Bonkow ist zum Concursverwalter ernannt.

Öffner Arrest mit Anzeige-

frist bis zum 8. April cr. Annmelde-

frist bis zum gleichen Tage. Erste

Gläubiger-Versammlung und allge-

meine Prüfungstermin am 6. Mai cr.

Vormittags 9½ Uhr. (9954)

Neumarkt, den 15. März 1886.

Königl. Amtsgericht I.

Hessentl. Submission.

Zur Bedingung der Lieferung:

a. von Gefäßir aus Glas und

Fabence, sowie von Lampenbeleucht.

verschlaftet ab 2219 M., und

b. von 920 Wasserkrügen und 1340

Wasserbecken aus Steingut,

nach den Loozen a u b getrennt,

sieht am 30. März cr. Vormittags

11½ Uhr, in unserem Bureau, Peil.

Geisgasse 108, Termin an. Bedin-

gungen a. hier selbst einzusehen.

Danzig, den 17. März 1886.

Königl. Garnison-Verwaltung.

Deffentliche

Versteigerung.

Donstag, den 23. März cr.,

von Vormittags 12 Uhr ab, sowie

Mittwoch, den 24. März cr., von

10 Uhr Vormittags ab, werde ich auf

dem Gute Kl. Liniewo (Bahnstation

Gr. Liniewo) der Hohenstein-Berater

Eisenbahn:

12 Kutsch- und Arbeitspferde,

2 Hengstfohlen, 2 Kühe, mehrere

Stärke, Kühe und Bullelfächer,

95 Mutterkühe, 58 Lämmer,

1 Bok, 40 Sauglämmere, ca.

675 Schäff. Kartoffeln, 9 Schäff.

Erbsen, 30 Schäff. Hafer, 30 Schäff.

Lupinen, 50 Schäff. Brüken, 5 Tr.

Klee, mehrere Spazierwagen und

Spazierkutschen, 6 große Leiter-

wagen, 5 Arbeitskutschen, vier

Arbeitswagen mit Kästen, ver-

schiedene landwirtschaftliche Ma-

chinen, darunter 1 Röhrwerk mit

Drehkasten, Pflüge, Egen,

Kummets und Kutschfahrräder,

Sättel und verschiedene lan-

dwirtschaftliche Gegenstände, ein

bedeutender Posten Schirr- und

Nutzholzer, verschiedene Möbel,

Betten, Kleidungsstücke, Wagen-

und Arbeitsfahrräder, Stall-Utensilien,

Schmiede- und anderes

Handwerkszeug, Haus- u. Küchen-

gerätschaften und diverses aus

einer Landwirtschaft

öffentliche meistbietend im Wege der

Wangenvollstreitung gegen gleich hoare

Bezahlung verkaufen. Der Verkauf

findet bestimmt statt.

Berent, den 18. März 1886.

Katscher,

Gerichtsvollzieher in Berent.

von Conradisches

Schul- u. Erziehungs-

Institut

zu Jenkan bei Danzig.

Dies mit einem Alumnat ver-

bundene Realgymnasium beginnt

das Sommersemester am Donnerstag,

den 29. April. Bezugnis zum ein-

jährigen Militärdienst nach absolvirter

Untersekunda ohne Examen. Näheres

durch den Director Dr. Boustedt da-

selbst.

Danzig, im März 1886.

Directorium

der von Conradischen Stiftung.

Hamburg-Danzig.

Dampfer "Auguste" ladet jetzt in

Hamburg und wird voraussichtlich

den 24. März direct nach Danzig

ausgefertigt.

Güter-Anmeldungen nehmen ent-

gegen (50)

L. F. Mathies & Co.

in Hamburg,

Ferdinand Prowe

in Danzig.

Gründlicher

Klavierunterricht

wird Anfängern wie Erwachsenen von

einem gut empfohlenen Lehrerin erh.

Honorar 16 Sil. 12 M.

Gef. Adressen unter Nr. 9832 in

der Exped. d. Btg. erbeten.

Bier-Apparate.

Betrieb mit flüssiger Kohlensäure

4-5000 Sil. im Gebrauch

und täglich großer Zuspruch an Kunden.

Das Bier hält sich Wochen lang

wohlgeschmeckend.

Gebr. Franz, Königsberg i. Pr.

Aufzdruck-Bierapparate zu billigen

Preisen. Preis-Courante frco. u. gratis

für 4 M. 50 Pf.

versenden franco ein 10 Pfund-Bucket

seine Toilettefeife in gepräften Stücken,

sofort in Mandel-, Rosen-,

Beicheln- und Glycerin-Seife. Allen

Balsamungen sehr zu empfehlen.

Th. Coellen & Co.,

Crefeld,

Seifen- und Parfümerie-Fabrik.

## Dirschauer Credit-Gesellschaft.

Die Herren Actionäre der Dirschauer Credit-Gesellschaft werden zu der auf

Freitag, den 26. März cr., Nachm. 5 Uhr,

im Comptoir der Gesellschaft, am Markt 24, anberaumten ordentlichen Generalversammlung eingeladen.

Gegenstände der Tagesordnung:

1. Erledigung der im § 15 des Gesellschafts-Vertrages bez. ihnen Angelegenen. (9985)

2. Feststellung der Dividende für das Jahr 1885.

Dirschau, den 15. März 1886.

W. Preuss.

## Bekanntmachung.

Die Lieferung folgender Materialien zu den diesjährigen Wechselstrom-Regulirungsbauten im diesseitigen Wasserbaubezirk:

für die Stromstrecke	Ordinary	Bank	Buben-	Bren-	Sint-	Biegel-	Drah-
	Faßdri-	Bank	1,25	1	Steine	Broten	Nr.
	cm	cm	m	cm	cm	cm	20
I. Nudnermeide-Dirschau	60 000	—	350	900	3500	440	5500 2500
II. Dirschau-Eschentrug	50 000	14	280 25	700	3400	425	1100 4500
III. Eschenkrug-Neufahr	10 800	2	76	5	incl. 500 Schäffen- schlacken	—	1050 800

soll in öffentlicher Submission vergeben werden und steht hierzu Termin an

am Sonnabend, den 3. April d. J.

Mittags 12½ Uhr,

im Gasthause des Herrn Brandt hier selbst, Mattenbuden Nr. 14.

Es wird auf die in der Extrablage zum Amtsblatt Nr. 35 des liegenden Königlichen Regierung pro 1885 veröffentlichten Bedingungen für die Bewerbung um Arbeiten und Lieferungen hingewiesen und können diese Bedingungen sowie die speziellen Bedingungen auch im Bureau des Unterzeichneten eingesehen werden.

Besiegelt Angebote, versehen mit entsprechender Aufschrift, sind an den Unterzeichneten bis zur vorgenannten Termintunde abzugeben, zu welcher Zeit in Gegenwart der erschienenen Submittenten die Öffnung stattfinden wird.

Danzig, den 13. März 1886.

Der Baurath.

gez. Degner.

## Thierfeld's Hotel Oliva.

Sonntag, den 20. März d. J.:

## Eröffnung mit neuer Deconomie.

## Zur Illumination

empfiehlt Stearin- und Paraffin-kerzen zu ermäßigten Preisen, Feuerwerkskörper und bengalische Flammen in prächtigen Farben, billig.

H. H. Zimmermann Nachf., Langfuhr

# Beilage zu Nr. 15754 der Danziger Zeitung.

Sonnabend, 20. März 1886.

## Reichstag.

69. Sitzung vom 18. März.

Zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Besteuerung des Zuckers.

Die Rübensteuer beträgt jetzt 1,60 M. pro 100 Kilogr. Die Vorlage will sie in zwei Stufen im Zwischenraum eines Jahres auf 1,70 M. bzw. 1,80 M. erhöhen. Die Commission beantragt dagegen die Aufrechterhaltung des bisherigen Steuersatzes, daneben aber eine besondere Melassesteuer, welche für diejenigen Zuckerfabriken, welche die aus den Rüben gewonnene Melasse selbst entzuckerin, in Form eines Zuschlages von 10 % für den Doppelcentner Rüben, von den Fabriken, welche angekaufte Melasse entzuckerin, ohne Rüben zu verarbeiten, durch eine besondere Melassesteuer von 3,30 M. pro 100 Kilogr. Melasse erhoben werden soll.

Die Exportvergütung (§ 2) soll nach der Vorlage von 18 M. auf 18,20 M. erhöht werden, während die Commission eine Ermäßigung auf 16,80 M. für Rübenzucker von mindestens 90 Proc. Polarisation vorstellt. Für raffinierten Zucker werden die Exportbonificationssätze entsprechend höher bemessen.

Es liegen dazu 3 Anträge vor:

1. Rohland will die Rübensteuer von 1,60 M. in zwei Stufen auf 1,40 M. bzw. 1,20 M. ermäßigen und dementsprechend auch die Bonification von 18 auf 14 bzw. 12 M. herabsetzen.

2. Graf Stolberg will die Rübensteuer auf 1,60 M. belassen, dagegen die Bonification in zwei Stufen auf 18,40 bzw. 16,40 M. ermäßigen.

3. Götz v. Olenhoven und Pfafferott wollen neben einer Rübensteuer von 1 M. eine Consumsteuer von 10 M. per Doppelcentner Zucker erheben und die Exportbonification auf 10,50 festlegen.

Außerdem geht während der Verhandlung 4. ein Antrag der Abgg. Heine und Bock ein, wonach die Exportvergütung nach einer Ausbeute von 1 Ctr. Zucker auf 9 Ctr. Rüben bei 93 % Polarisation des Rübenzuckers bemessen werden soll.

Referent Witte: Die Mehrheit der Commission ist der Ansicht gewesen, daß eine Erhöhung der Rübensteuer ein höchst nachtheiliger Schritt sein werde, insoweit als sie einen weiteren Anreiz geben werde zur Melasseentzuckerung. Dieser Grund ist von Einfluß gewesen auf die Ablehnung der Regierungsvorlage. In der Commission selbst wurde vorgeschlagen, zu einer erheblichen Herabsetzung der Rübensteuer zu greifen. Die Melasseentzuckerung wird dadurch eingeschränkt werden. Nachdem sich aber die Regierung auf das entschieden hat gegen diesen Vorschlag erklärt, ist die Commission zu dem Vorschlag einer besonderen Melassesteuer gekommen, weil von allen Seiten constatirt wurde, daß es auf dem Boden der bestehenden Materialsteuer nicht möglich sei, mit einziger Aussicht auf Dauer ein gleichmäßig und gerecht wirkendes und finanzielle Erträge gewährendes Gesetz zu konstruiren. Mit der Einführung der Melassesteuer ist die Möglichkeit gegeben, den Wünschen der Industrie in Bezug auf die Festsetzung der Exportbonification entgegenzukommen.

Staatssecretär v. Burckhardt spricht der Commission volle Anerkennung aus, bedauert aber um so mehr, daß ihre Vorläufe nicht die Zustimmung der verbündeten Regierungen finden werden. Eine Melassebesteuerung würde unzulässig sein. Der Begriff der Melasse ist in einer für Steueraussicht ausreichenden Weise nicht gesiezt.

Außerdem bedarf es dazu eines großen gesetzlichen Apparates. Die Commissionsvorschläge enthalten Ideen für eine Resolution, aber nicht ihre gesetzgeberische Ausgestaltung. Darum bitte ich Sie, davon abzusehen. Es würde dadurch nichts weiter erreicht, als daß eben nichts zu Stande käme. Was wird nun der Erfolg sein, wenn eine Verständigung über eine Neugestaltung des Zuckerbesteuerungsgesetzes nicht zum Beschlusß gelangt? Das jetzt geltende Gesetz von 1885 gilt nur bis 1. Juli d. J., und ohne einen neuen Act der Gesetzgebung würde einfach die Vergütung von 1859 in Kraft treten. Das kann aber unmöglich thun. Wunsch entspricht. Es widerspräche den finanziellen Interessen des Reichs und würde zu einer Überröderung führen, welche die Zucker-Industrie selbst auf das erheblichste gefährden würde. Der Staatssecretär wendet sich sodann zu den eingebrochenen Abänderungsanträgen und schreibt: So sehr die verbündeten Regierungen im finanziellen Interesse natürlich der Fabrikatsteuer zustimmen würden, so erkennen sie die Materialbesteuerung für unsere Verhältnisse als die richtige Form an. Um diese aber durchzuführen, muß der Reichstag den Vorschlägen der Regierung entgegenkommen. Sonst würde es schwer abzuhauen sein, daß die Fabrikatsteuer an die Stelle der jetzigen Materialsteuer trete.

Abg. Rohland (freist.): Wenn man sich für die Materialbesteuerung entscheidet, dann wäre es eine Bestrafung der Intelligenz und des Fleisches, wenn man die, welche Melasseentzuckerungsanstalten eingerichtet haben, jetzt besteuern wollte. Diese Steuer würde aber auch eine ungerechte, weil ungleiche sein. Denn die Rübe in ungünstigem Klima und schlechtem Boden läßt mehr Melasse zurück, als die in gutem Klima und gutem Boden. Der finanzielle Ertrag der Melassesteuer würde ein minimales sein, wenn die Fabriken, ohne Melasse zu erzeugen, den Zucker aufs äußerste zu extrahirten. Mein Antrag bezweckt eine Herabminderung der Materialsteuer. Der Antrag des Grafen Stolberg ist mir viel annehmbarer als der Beschuß der Commission. Mein Antrag ist geeignet, die finanziellen Erträge der Zuckersteuer auf 40 Mill., also das Doppelte der gegenwärtigen Steuer, zu erhöhen. Die bisherigen schlechten Resultate sind herbeigeführt worden durch die hohen Exportbonifications, die wiederum eine von Jahr zu Jahr steigende Exportprämie involvieren. Eine Reduktion der Steuer würde auch billigere Preise und damit eine wesentliche Vermehrung des Consums herbeiführen. Damit erwächst der Industrie der unschätzbare Vortheil, unabhängig von der Concurrenz des Auslandes den größten Theil ihrer Produkte im Inlande abzusetzen und mit dem Reste sich mit Erfolg auf dem Weltmarkt zu betheiligen. Mein Antrag ist in der Commission nur an dem Widerstande der verbündeten Regierungen gescheitert. Eine Reform der Zuckersteuer muß nicht bloß bessere finanzielle Erträge, sondern auch die Gesundung der Industrie im Auge haben. Wird der Bundesrat, wenn er in 3-5 Jahren die Industrie durch diese Zuckersteuer an den Stand des Abgrundes geführt hat und gezwingt ist, mit einem Male zur Fabrikatsteuer überzugehen, diese Gesetzesvorlage verantworten können?

Abg. v. Wedell-Malchom (conf.): Im Gegensatz zur Regierung halten wir eine Melassebesteuerung für sehr wohl durchführbar. Auch ich halte indessen die Commissionsvorschläge im Einzelnen noch für verbessерungsfähig, und es wird zwischen der zweiten und dritten Lesung noch Zeit sein, sie entsprechend zu amen-

diren. Wir gewinnen durch die Melassebesteuerung erhebliche Einnahmen, ohne eine Erhöhung der Rübensteuer und der Exportbonification nötig zu haben. Es darf nicht länger ein Zustand fortduaten, wo im Ganzen 12½ Millionen M. Exportbonification für Zucker gezahlt werden, der, da er aus der Melasse gewonnen worden, im Inlande keine Steuer gezahlt hat. Ich bitte Sie, den Commissionsvorschlägen zuzustimmen.

Abg. Lohren (Reichsp.): Die Majorität meiner Parteigenossen erblickt in den Beschlüssen der Commission nicht bloß eine Verbesserung der jetzigen Verhältnisse, sondern auch der Regierungsvorlage. Die Melasse-Zuckerer werden auch dann noch immer ein glänzendes Geschäft machen; die Saugigel werden nicht gesödert, nur das Quantum Blut, das sie dem Fiscus abzapfen, wird etwas verminderd. (Beifall rechts.)

Geh. Rath Boccius muss dem Vorredner gegenüber daran festhalten, daß die Melassesteuer, wie sie die Commission vorschlägt, zur Zeit nicht durchführbar sei.

Abg. Graf Udo Stolberg (conf.): Es werden durch die Regierungsvorlage lediglich die Interessen der Strontianitätsfabriken gefordert, welchen es allein auf eine hohe Exportprämie ankommt. Die Ungleichheiten, welche bereits in der gegenwärtigen Rohmaterialsteuer zu Gunsten der Melasse-Zuckerer liegen, werden durch die Regierungsvorlage nur verschärft, und zwar um den bedeutenden Satz von etwa 12 Proc. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen, der ein Compromißvorschlag ist und für die Reichsklasse eine bedeutende Mehreinnahme schaffen wird, nämlich rund 11 Mill. Mark, ohne doch anderseits die Rübensteuer zu erhöhen.

Abg. Buhl (nat. lib.): Wir müssen doch aus dem gegenwärtigen Zustande heraus. Wie sich der Staats-Secretär so ablehnend gegen den Antrag des Grafen Stolberg verhalten und dessen directe Ablehnung durch die verbündeten Regierungen in Aussicht stellen konnte, habe ich nicht verstehen können. Graf Stolberg versucht in seinem Antrag nur den von den verbündeten Regierungen im Nothgeiß selbst eingeführten Weg weiter. Die Melassebesteuerung, welche die Commission vorschlagen, würde noch 8 Mill. mehr bringen, als der Antrag Stolberg. Diese Steuerform, so ansehbar sie auch ist, schädigt immerhin die Interessentenkreise weniger, als wenn wir die Materialsteuer noch weiter herausheben. Besteueren wir sämtliche Melasse, so würden wir zehn und deshalb noch mehr Staatsunterstützung erhalten. Wenn wir für die nothleidenden Arbeiter etwas erüitten wollten, würde man uns gar nicht beachten. Die nothleidende Industrie ist freilich etwas Anderes! Aber die Röth im Volle ist sehr groß. Hier in Berlin gehen die beschäftigunglosen Arbeiter Abends in den Vororten betteln. Die nothleidende Industrie ist nur ein ganz imaginärer Begriff. Durch die Unterstützung des Staates erhalten Besitzer, Actionäre und Rübenbauer sehr bedeutende Vortheile, aber nicht die Arbeiter. Denen geht es sehr schlecht. In einer der größten Fabriken, der des Herrn Collegen Dieze in Barby, erhalten die Arbeiter in der Mehrzahl 1,50 bis 1,75 M. pro Schicht, natürlich werden Überstunden gemacht, weil dieser Lohn nicht ausreicht, um die Familie zu ernähren, jedes Versehen kostet Strafgelder von 50 % bis 3 M., der Gefürdheitszustand ist schlecht und die Behandlung der Leute lässt sehr viel zu wünschen übrig. Lieber die vom Lohn einbehaltene Strafgelder wird niemals Rechenschaft abgelegt. Thatssache ist, daß die Herren Inspectoren, die Strafgelder vielfach in die Tasche stelen und dafür ihre Champagner-

communion der Technik. Wird die Möglichkeit der Prämie gestrichen, so fällt damit die Anregung, höhere Erträge herauszu ziehen, weg, wir würden das Segensreiche im System vernichten. Daß jede Steigerung der Rohmaterialsteuer auch eine Steigerung der Ungleichheit im System herbeiführen kann, kann ich in gewissem Sinne zugeben. Aber unter diesem System hat sich unsere ganze Industrie entwickelt. Auch mit der Ungleichheit der klimatischen und Bodenverhältnisse hat sich jeder vorsichtige Geschäftsmann abgefunden. Der Preis der Rübe ist unbedingt abhängig vom Zuckerpreis. Nun ist der Zuckerpreis gleich dem Londoner Marktpreise plus Exportbonification. Um denjenigen Betrag also, um den Sie die Exportbonification vermindern, vermindern Sie den heimischen Zuckerpreis. Der Hoffnung kann ich mich nicht hingeben, daß durch Reduction der Zuckersteuer der heimische Consum so weit steigen würde, daß dadurch die Ausfälle ausgeglichen werden könnten, ich halte im Gegenteil einen Steuerausfall für unzweckhaft. Die Ausführungen des Staats-Secretärs gegen die Melassebesteuerung halte ich für vollkommen zutreffend. Die Hauptvorzüglichkeit unserer Rohmaterialsteuer, daß für den Betrieb jede steuerliche Kontrolle nach der Besteuerung der Rüben aufhört, würde dadurch wegfallen, und ich halte deshalb die Melassebesteuerung für technisch unmöglich. Mit Hrn. Abg. Lohren teile ich vom landwirtschaftlichen Standpunkte die Ansicht, daß die Melassebesteuerung wünschenswert wäre. Sie ist aber nicht möglich. Die gleichen Ausführungen des Dr. Scheibler hierüber sind um so aufrichtender, als er ein Anhänger der Fabrikatsteuer ist. Propfen Sie die Melassebesteuer auf die Rohsteuer auf, so bahnen Sie damit den Übergang zur Fabrikatsteuer. (Sehr richtig! rechts.) Dann würde entweder die Melasse nach Frankreich gehen, wie zum Theil schon jetzt, um zum Spiritus verwendet zu werden, was also indirect den heimischen Kartoffelspiritusbrennern Concurrent machen würde, oder nach England, dann würden sich nothwendig dort Strontian- oder Colesinsfabriken entwenden und so die heimische Landwirtschaft geschädigt werden. (Beifall rechts.)

Abg. Heine (soc.): Wir sind für die Einführung der Fabrikatsteuer. Nach unserem Dafürhalten sind weder die Interessen der Industrie, noch die der Landwirtschaft, sondern allein die des Consumen als maßgebend zu betrachten. Die Zuckerindustrie soll nothleidend sein und deshalb noch mehr Staatsunterstützung erhalten. Wenn wir für die nothleidenden Arbeiter etwas erüitten wollten, würde man uns gar nicht beachten. Die nothleidende Industrie ist freilich etwas Anderes! Aber die Röth im Volle ist sehr groß. Hier in Berlin gehen die beschäftigunglosen Arbeiter Abends in den Vororten betteln. Die nothleidende Industrie ist nur ein ganz imaginärer Begriff. Durch die Unterstützung des Staates erhalten Besitzer, Actionäre und Rübenbauer sehr bedeutende Vortheile, aber nicht die Arbeiter. Denen geht es sehr schlecht. In einer der größten Fabriken, der des Herrn Collegen Dieze in Barby, erhalten die Arbeiter in der Mehrzahl 1,50 bis 1,75 M. pro Schicht, natürlich werden Überstunden gemacht, weil dieser Lohn nicht ausreicht, um die Familie zu ernähren, jedes Versehen kostet Strafgelder von 50 % bis 3 M., der Gefürdheitszustand ist schlecht und die Behandlung der Leute lässt sehr viel zu wünschen übrig. Lieber die vom Lohn einbehaltene Strafgelder wird niemals Rechenschaft abgelegt. Thatssache ist, daß die Herren Inspectoren, die Strafgelder vielfach in die Tasche stelen und dafür ihre Champagner-

communion der Technik. Wird die Möglichkeit der Prämie gestrichen, so fällt damit die Anregung, höhere Erträge herauszu ziehen, weg, wir würden das Segensreiche im System vernichten. Daß jede Steigerung der Rohmaterialsteuer auch eine Steigerung der Ungleichheit im System herbeiführen kann, kann ich in gewissem Sinne zugeben. Aber unter diesem System hat sich unsere ganze Industrie entwickelt. Auch mit der Ungleichheit der klimatischen und Bodenverhältnisse hat sich jeder vorsichtige Geschäftsmann abgefunden. Der Preis der Rübe ist unbedingt abhängig vom Zuckerpreis. Nun ist der Zuckerpreis gleich dem Londoner Marktpreise plus Exportbonification. Um denjenigen Betrag also, um den Sie die Exportbonification vermindern, vermindern Sie den heimischen Zuckerpreis. Der Hoffnung kann ich mich nicht hingeben, daß durch Reduction der Zuckersteuer der heimische Consum so weit steigen würde, daß dadurch die Ausfälle ausgeglichen werden könnten, ich halte im Gegenteil einen Steuerausfall für unzweckhaft. Die Ausführungen des Staats-Secretärs gegen die Melassebesteuerung halte ich für vollkommen zutreffend. Die Hauptvorzüglichkeit unserer Rohmaterialsteuer, daß für den Betrieb jede steuerliche Kontrolle nach der Besteuerung der Rüben aufhört, würde dadurch wegfallen, und ich halte deshalb die Melassebesteuerung für technisch unmöglich. Mit Hrn. Abg. Lohren teile ich vom landwirtschaftlichen Standpunkte die Ansicht, daß die Melassebesteuerung wünschenswert wäre. Sie ist aber nicht möglich. Die gleichen Ausführungen des Dr. Scheibler hierüber sind um so aufrichtender, als er ein Anhänger der Fabrikatsteuer ist. Propfen Sie die Melassebesteuer auf die Rohsteuer auf, so bahnen Sie damit den Übergang zur Fabrikatsteuer. (Sehr richtig! rechts.) Dann würde entweder die Melasse nach Frankreich gehen, wie zum Theil schon jetzt, um zum Spiritus verwendet zu werden, was also indirect den heimischen Kartoffelspiritusbrennern Concurrent machen würde, oder nach England, dann würden sich nothwendig dort Strontian- oder Colesinsfabriken entwenden und so die heimische Landwirtschaft geschädigt werden. (Beifall rechts.)

schulden bezahlen. (Hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Unterstützung, welche der Staat bisher gewährt hat, hat sich für die Fabrikanten vortheilhaft erwiesen, aber nicht für die Arbeiter. Wir halten den Zucker für ein nothwendiges Lebensmittel und wünschen deshalb, daß der Verbrauch derselben gesteigert werde.

Abg. Härle (Volksv.) bedauert, daß sich die Reichsregierung gegen alle aus der Commission kommenden Anträge verschließt und hartnäckig an ihrer eigenen Vorlage festhält, deren trügerische Ergebnisse in der ersten Lesung schon genügend nachgewiesen worden sind. Bleibt die Regierung bei ihrer Ablehnung der Commissionsvorschläge, dann wäre am ehesten noch der Antrag Sölsberg annehmbar.

Abg. Strudmann (nat.-lib.) bittet nach den Erklärungen des landwirtschaftlichen Ministers die Regierungsvorlage anzunehmen. Ich habe den Eindruck, daß dieselbe ohne eine Schädigung wichtiger Interessen angenommen werden kann. Man spricht von einer steuerfreien Melasse. Das ist durchaus unrichtig. Die Steuer liegt auf der Rübe, also ist auch Alles, was aus der Rübe herauskommt, mit versteuert. Die Melassesteuer ist etwas ganz unlogisches.

Abg. Diecke-Barby (Reichsp.) (persönlich): Der weitaus größere Theil meiner Arbeiter erhält Löhne, die um das Doppelte höher sind, als die höchsten vom Abg. Heine genannten Sätze. In Bezug auf die Strafgelder hat er gesagt, man wisse nicht, wo dieselben bleiben. Ich erwähne, daß auf meiner Fabrik es zu den äußersten Seltenheiten gehört, daß Arbeiter mit Strafgeldern belegt werden. Bis zur Einführung des Krankenkassengesetzes flossen diese Gelder in die Krankenkasse, zu deren Unterhaltung keiner von meinen Arbeitern auch nur einen Pfennig sonst beigesteuert hat. Ich habe vielmehr selbst alle Kosten der Krankenkasse bezahlt, und die Strafgelder, die dazu mitverwendet wurden, beliefen sich im Jahre auf etwa 2-3 Thlr. (Hört! hört! rechts.) Ich übergehe die anderen Behauptungen des Herrn, gebe mich aber der Hoffnung hin, daß durch solche Hetzereien das gute Verhältniß, das zwischen mir und meinen Arbeitern seit mehr als vierzig Jahren besteht, keinerlei Schrumpfung erfahren wird. (Rufe bei den Sozialdemokraten: „Hetzerei ist kein parlamentarischer Ausdruck.“) Wenn der Ausdruck zu scharf war, so muß ich sagen, daß es auch kein liebvolles Unterfangen ist, das gute Verhältniß zwischen mir und meinen Arbeitern aufzulösen. (Sehr richtig! rechts.)

Der Präsident erklärt den Ausdruck „Hetzerei“ unparlamentarisch.

Die weitere Beratung wird bis Freitag vertagt.

#### Abgeordnetenhaus.

44. Sitzung vom 18. März.

Die zweite Beratung des Staatshaushaltsetats wird fertiggestellt.

Bu dem Etat des Abgeordnetenhauses hat der Abg. Douglas folgenden von 160 Mitgliedern aller Parteien unterstützten Antrag eingebbracht: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die Regierung zu ersuchen, 1. technisch festzustellen, ob das zur Zeit von dem Reichstage benötigte Grundstück Leipzigerstraße Nr. 4 in jeder Beziehung, insbesondere auch in der Breite, ausreichend ist, um auf demselben ein Geschäftshaus für das Haus der Abgeordneten in angemessenen Dimensionen und in entsprechender Raumteintheilung herzustellen; 2. event. zu dem ad 1 bezeichneten Grundstück Bauflächen für das Geschäftshaus des Hauses der Abgeordneten anfertigen zu lassen; 3. dem Hause spätestens in der nächsten Session Mitteilung über die Erledigung der Beschlüsse ad 1 und 2 zu machen.“

Abg. Frhr. v. Heereman wünscht als Nr. 3 in vorstehenden Antrag einzufügen: „Falls diese Feststellung ad 1 verneindet ausfallen oder es sich ergeben sollte, daß das bezeichnete Grundstück zum vorliegenden Zwecke nicht disponibel, einen außerweiten geeigneten Bauplatz für das Geschäftshaus zu ermitteln und in Vorschlag zu bringen.“

Nachdem Abg. Douglas (nat.-lib.) seinen Antrag

mit besonderer Bezugnahme auf das Bedürfnis größerer und besserer Geschäftsräume für das Abgeordnetenhaus empfohlen, bestreitet

Abg. v. Meyer-Arnswalde das Bedürfnis eines Neubaus. Zunächst sei die Finanzlage nicht danach angethan, eine weitere Anzahl von Millionen zu bewilligen. Die Geschäftsräume des Hauses seien allerdings unzureichend, aber es könne ja Raum sehr einfach dadurch geschaffen werden, daß man auf dem Donnersplatz mit den sämtlichen stenographischen Berichten, die der ewigen Aufbewahrung doch nicht werth seien, ein feierliches Autodafé veranstalte. (Widerspruch und Heiterkeit.) Mit dem Antrage Douglas sei er insofern einverstanden, als dieser darauf hinziele, den gegenwärtigen Reichstagssbau nach Fertigstellung des neuen Reichstagsgebäudes auf dem Königsplatz in Benutzung zu nehmen.

Abg. Janssen (Centr.) spricht sich in gleichem Sinne aus, während Abg. Windthorst auf das Zeugnis der Mitglieder des Hauses wie der Regierung dafür provoziert, daß die Unzulänglichkeit der Räume des jetzigen Geschäftshauses und deren sanitäre Beschaffenheit längst intolerabel sei. Uebrigens sei in den jüngsten Tagen eine ganz neue Aussicht auf ein neues Gebäude eröffnet; bei dem Ansturm auf den Reichstag sei es sehr leicht möglich, daß das im Bau begriffene neue Reichstagsgebäude für seinen ursprünglichen Zweck überflüssig werde (Murren rechts und Heiterkeit), und da wäre die preußische Volksvertretung fogleich geborgen. (Heiterkeit.) Aber es sei freilich möglich, daß der Reichstag noch einige Jahre vegetire (Große Heiterkeit); für diesen Fall treffe der Antrag Douglas in Verbindung mit dem Antrag v. Heereman das Richtige.

Abg. v. Heereman (Centr.) befürwortet seinen Unterantrag.

Der Antrag Douglas wird mit dem Amendement v. Heereman angenommen. Für beide Anträge stimmt die sehr große Mehrheit des Hauses.

Bei der weiteren Beratung des Etats wird auf Antrag der Budgetcommission der s. B. zur Berathung des Eisenbahnrats gestellte Antrag Letocha auf Gewährung ermäßiger Eisenbahnfaahpreise für die Böglings der Waisenhäuser der Regierung zur Erwagung überwiesen.

Ferner der Antrag der Abg. v. Liliencron in folgender Fassung angenommen: „Der Staatsregierung das dringende Ersuchen auszusprechen, in den nächsten Etat des Staatshaushalts nach nochmaliger Prüfung eine Summe einzustellen, aus welcher die Superintendenden eine ihren persönlichen Dienstleistungen und dem durch ihre Stellung bedingten Dienstaufwände entsprechende Entschädigung erhalten.“

Das Ordinarium der Ausgaben (nach dem Entwurf 1 265 993 871 M.) vermindert sich durch die Ermäßigung des Matricularbeitrages und in Folge der Beschlüsse des Hauses um 3 365 000 M. und beträgt hierauf 1 262 821 M.; das Extraordinarium vermindert sich um 196 880 M. von 36 834 571 auf 36 637 691 M. Die Gesamtverminderung der Ausgaben beläuft sich auf 3 561 930 M. die Vermehrung der Einnahmen (hauptsächlich in Folge des Beschlusses zum Lotterieetat) auf 2 029 511 M. Ausgabeermäßigung und Einnahmehöhung betragen zusammen 5 591 44 M. Um diese Summen sind die im Etat vorgesehenen Deckungsmittel zu verringern; im Einverständniß mit der Regierung werden 5 591 000 M. von dem Betrage der Anleihe (im Entwurf 14 154 000 M.) abgesetzt, welche sich damit auf 8 563 000 M. ermäßigt.

Damit ist die zweite Beratung des Etats erledigt. Nächste Sitzung: Freitag.

#### Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 18. März Getreidemarkt. Weizen loco fest, aber ruhig, holsteinischer loco 158,00-162,00. Roggen loco fest, medienburgischer loco 140-146, russischer loco fest, 106-110. — Hafer und Gerste still. — Rüböl fest, loco 43%. Spiritus still, vor März 26 1/2 Br.,

vor April-Mai 26 1/4 Br., vor Mai-Juni 26 1/4 Br., vor August-September 29 Br. — Kaffee ruhig, Umlauf 30,00 Sac. — Petroleum ruhig, Standard white loco 7,50 Br., 7,40 Gd., vor April 6,75 Gd., vor August-Dezember 7,15 Gd. — Wetter: Schön.

Bremen, 18. März. (Schlußbericht) Petroleum ruhig. Standard white loco 6,70 bez. u. Br.

Antwerpen, 18. März. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Kaffee ruhig, Type weiß, loco 16 1/2 bez., 16 1/4 Br., vor April 16 1/4 Br., vor Mai 16 1/2 Br., vor Sept.-Okt.-Dezbr. 17 1/2 Br. Weichholz.

Wien, 18. März. (Schluß-Course.) Desterr. Papier-rente 85,72 1/2, 5% österr. Papierrente 101,80, österr. Silber-rente 85,85, österr. Goldrente 114,50, 4% ungar. Goldrente 103,92 1/2, 5% Papierrente 95,60, 1854er Loose 129,75, 1860er Loose 140,00, 1864er Loose 170,75, Creditloose 179,50, ungar. Brämenloose 121,25, Creditactien 302,70, Franzosen 255,60, Lombarden 125,10, Galizier 208,60, Lemberg-Gaenzowitz-Fassh.-Eisenbahn 234,50, Pardubitzer 163,25, Nordwestbahn 173,50, Elbthalbahn 167,00, Elisabethbahn 246,50, Kronprinz-Rudolfsbahn 192,00, Nordbahn 239,50, Unionbank 75,30, Ango-Austr. 118,40, Wiener Bankverein 111,50, ungar. Creditactien 308,50, Deutsche Plätze 61,60, Londoner Wechsel 125,75, Pariser Wechsel 50,02 1/2, Amsterdamer Wechsel 104,45, Napoleon 9,99 1/2, Oukaten 5,91, Marknoten 61,60, Russische Banknoten 1,25 1/2, Silbercoupons —, Länderbank 116,00, Tramway 206,25, Tabaksactien 72,50, Böh. Westbahn —.

Paris, 18. März. Bankausweis. Baarvorwahl in Gold 1 251 300 000, Baarvorwahl in Silber 1 097 600 000, Portefeuille der Hauptbank und der Filialen 606 600 000, Notenumlauf 2 813 000 000, Laufende Rechnungen der Privaten 365 000 000, Guthaben des Staatschases 187 700 000, Gesamt-Bortküsse 281 800 000, Bins- und Discont-Erträgnisse 5 800 000, Verhältnis des Notenumlaufs zum Baarvorwahl 83,50.

Paris, 18. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, vor März 21,90, vor April 22,10, vor Mai-Juni 22,60, vor Juli-August 23,00. — Roggen ruhig, vor März 13,80, vor Juli-August 14,80. — Wehl 12 Marçques ruhig, vor März 47,30, vor April 47,75, vor Mai-Juni 48,60, vor Juli-August 49,50. — Rüböl ruhig, vor März 55,25, vor April 55,50, vor Mai-August 57,00, vor Sept.-Dezember 58,50. — Spiritus ruhig, vor März 47,50, vor April 47,75, vor Mai-August 48,25, vor Sept.-Dezbr. 47,75. — Wetter: Bedeut.

Paris, 18. März. (Schlußcourse.) 3% amortisirbare Rente 83,30, 3% Rente 80,82 1/2, 4 1/2% Anleihe 109,27 1/2, italienische 5% Rente 98,17 1/2. Desterr. Goldrente 93 1/2, ungar. 4% Goldrente 84 1/2, 5% Russen de 1877 100,90, Franzosen 518,75, Lombardische Eisenbahn-Actionen —, Lombardische Prioritäten 319,00, Neue Türken 15,32 1/2, Türklenloose 39,25, Credit mobilier —, Spanier neue 58 1/2, Banque ottomane 539,00, Credit foncier 1357, Aegypter 348,00, Suez-Actionen 2121, Banque de Paris 645, Neue Banque d'escompte 467, Wechsel auf London 25,14, 5% privil. türk. Obligationen 370,00, Tabaksactien —.

London, 18. März. Consols 100 1/2, 4% preußische Consols 104, 5% italienische Rente 97 1/2, Lombarden 10% 1/2, 5% Russen de 1871 97 1/2, 5% Russen de 1872 99 1/2, 5% Russen de 1873 99 1/2, Convert. Türken 15 1/2, 4% fund. Amerikaner 129 1/2. Desterr. Silberrente 93, 4% ungar. Goldrente 83 1/4, Neue Spanier 58 1/2, 4% unif. Aegypter 69 1/2, 3% garant. Aegypter 97 1/2, Ottomanbank 11 1/2, Suezactien 84, Canada Pacific 66 1/2, 5% privilegierte Aegypter 94 1/2, Wechselnotierungen: Deutsche Plätze 20,54, Wien 12,72 1/2, Paris 25,35, Petersburg 23 1/2, Magdeburg 17 1/2, Wechselnotierungen: Deutsche Plätze 20,54, Wien 12,72 1/2, Paris 25,35, Petersburg 23 1/2, Magdeburg 17 1/2.

Glasgow, 18. März. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers variante 38 sh. 4 d.

Liverpool, 18. März. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 12 000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Amerikaner steigend. Surat stetig. Wddl. amerikanische Lieferung: März-April 48 1/2, vor Mai 47 1/2, vor Juni 47 1/2, vor Juli 5, Juli 5, 27,25 M. Flax.

August 5 1/2, August-Sept. 5 1/2, Sept.-Okt.-Dezbr. 5 1/2. Alles Verkäuferpreise.

London, 18. März. Bankausweis. Totalreserve 14 585 000, Notenumlauf 23 620 000, Baarvorwahl 22 455 000, Portefeuille 24 568 000, Guthaben der Privaten 25 494 000, Guthaben des Staats 9739 000, Notenreserven 13 206 000, Regierungssicherheit 14 560 000.

Newyork, 17. März. (Schlußbericht.) Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 9%, do. in New Orleans 8%, raff. Petroleum 70% Abel Test in Newyork 7 1/2 Gd., do. in Philadelphia 7 1/2 Gd., rohes Petroleum in Newyork 6 1/2, do. Pipe line Certificats — D. 77 1/2 C. — Mais (New) 46 1/2. — Zucker (Sugar refining Muscovados) 4,80. — Kaffee (Fair Rio) 8,65. — Schmalz (Wilcox) 6,60, do. Fairbanks 6,52, do. Rohe und Brothers 6,50. — Spec 5%. — Getreidefracht 3.

#### Productenmarkte.

Ciettin, 18. März. Getreidemarkt. Weizen fest, loco 132-157 M., vor April-Mai 160,00, vor Spätbr. Oktober 168,00. — Roggen fest, loco 122-130 M., vor April-Mai 134,00, vor Sept.-Okt.-Dezbr. 139,50. — Rüböl unverändert, vor April-Mai 43,50, vor September-Dezbr. 45,50. — Spiritus matt, loco 34,60, vor April-Mai 35,70, vor Juni-Juli 37,30, vor Juli-August 38,10. — Petroleum versteuert, loco 114 1/2 M. Tara 12,00.

Berlin, 18. März. Weizen loco 145-166 M., ferner märkischer und Medienburger — M., vor April-Mai 156 1/2-157 1/2-157 1/4 M., vor Mai-Juni 159 1/2-160 1/2-160 1/4 M., vor Juli-August — M., vor Sept.-Okt.-Dezbr. 167 1/2-167 1/4 M., — Roggen loco 132-138 M., mittel inländischer 133 M., feiner inländischer 135 1/2-136 M. ab Bahn, vor April-Mai 136 1/2-137 M., vor Mai-Juni 138 1/2-138 1/4 M., vor Juni-Juli 139 1/2-140 1/4 M., vor Juli-August — M., vor Sept.-Okt.-Dezbr. 142 1/2-142 1/4 M.

Berlin, 18. März. Weizen loco 145-166 M., ferner märkischer und Medienburger — M., vor April-Mai 156 1/2-157 1/2-157 1/4 M., vor Mai-Juni 159 1/2-160 1/2-160 1/4 M., vor Juli-August — M., vor Sept.-Okt.-Dezbr. 167 1/2-167 1/4 M., — Roggen loco 132-138 M., mittel inländischer 133 M., feiner inländischer 135 1/2-136 M. ab Bahn, vor April-Mai 136 1/2-137 M., vor Mai-Juni 138 1/2-138 1/4 M., vor Juni-Juli 139 1/2-140 1/4 M., vor Juli-August — M., vor Sept.-Okt.-Dezbr. 142 1/2-142 1/4 M., — Hafer loco 124-160 M., östl. und westslawischer 127-139 M., pomm. und niderländischer 132 bis 139 M., schlesischer und böhmischer 136-143 M., feiner schlesischer, mährischer und böhmischer 144 bis 157 M., russischer 128-131 M. ab Bahn, vor April-Mai 127 M. nom., vor Mai-Juni 130 M., vor Juni-Juli 132 1/2 M., — Gerste loco 112-175 M., — Weizl loco 119-124 M., vor April-Mai 108 1/2 M., vor Mai-Juni 108 1/2 M., vor Juni-Juli 108 1/2 M., vor September-Dezbr. 110 M., — Kartoffelwahl loco 16,00 M., vor März 16,00 M., vor März-April 16,00 M., vor April-Mai 16,10 M., vor August-Sept. 16,50 M., vor Sept.-Okt.-Dezbr. 16,70 M., — Trockene Kartoffelstärke loco 16,00 M., vor März 16,00 M., vor März-April 16,00 M., vor April-Mai 16,10 M., vor August-September 16,50 M., vor Sept.-Okt.-Dezbr. 16,70 M., — Feuchte Kartoffelstärke loco 8,10 M., — Erbsen loco 100 Kilo Butterware 130-140 M., Kochware 155-200 M., Weizenmehl Nr. 00 22,25 bis 20,75 M., Nr. 0 20,75 bis 19,50 M., Roggenmehl Nr. 0 20 bis 19 M., Nr. 0 1 18,50 bis 17,75 M. ff. Marke 19,80 M., vor April-Mai 18,40 M., vor Mai-Juni 18,55 M., vor Juli-August 18,70-18,75 M., — Rüböl loco ohne Fas 43,5 M., vor März 43,9-44 M., vor März-April 43,9-44 M., vor April-Mai 43,9-44 M., vor Mai-Juni 44,5 M., vor Juli-August 46,5 M., vor Sept.-Okt.-Dezbr. 46,5 M., — Petroleum loco — M., — Spiritus loco ohne Fas 35,9 M., vor April-Mai 37,1 M., vor Mai-Juni 37,4 M., vor Juli-August 38,3 M., vor Sept.-Okt.-Dezbr. 39,2 M., vor August-Sept. 39,9 M.

Magdeburg, 18. März. Zuckerbericht. Kornzucker, excl. von 96% 22,20 M., Kornzucker, excl. 88% Rendem. 20,80 M., Nachprodukte excl. 75% Rendem. 18,50 M. Zu gewöhnlichen Preisen etwas Kauflust. — Gem. Raffinade mit Fas, 27,25 M., gem. Melis I. mit Fas 25,75 M. Flax.

Berantwortliche Redactoren: für den politischen Theil und verschiedene Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und Literatur: Dr. Höhner, — den lokalen und provinzialen Handels-, Marine-Theil und den körbigen redaktionellen Inhalten: T. Klein, — für den Inseratentheil: W. Schramm, sämtlich in Danzig.